



AUSGABE 5 · 34. JAHRGANG · 13. WAHLPERIODE · 9.4.2003

Ausbildung

S. 4/5

Zweifacher Appell von zwei Ausschussvorsitzenden in Sachen Ausbildung: Linsen (Wirtschaft) und Champignon (Arbeit) verlangen von den Arbeitgebern, mehr Lehrstellen anzubieten und raten jungen Menschen, mehr Flexibilität zu zeigen.

Klimawechsel

S. 12

Von H bis Z – Harmonie bis Zoff – reichte die Bandbreite des Klimas im Verkehrsausschuss. Schiene, Straße, Luftverkehr waren die Themen. Ein Oppositionsantrag wurde einstimmig angenommen.

Pipeline

S. 15

Dialog im Eine-Welt-Ausschuss: Zwei Gutachter und die finanzierende Landesbank beurteilten die Umweltstandards für die Ecuador-Ölpipeline unterschiedlich.

Gesundheit

S. 17

Entwarnung im Gesundheitsausschuss: Im Land gibt es lediglich zwei Verdachtsfälle der aus Asien stammenden Lungenkrankheit. Beide Patienten sind isoliert worden und befinden sich inzwischen auf dem Weg der Besserung.



Für ein knappes Dutzend junger Menschen (Sechs von ihnen auf dem Bild) ist der Landtag die erste Adresse in ihrem beruflichen Werdegang: Sie werden hier ausgebildet, zum Teil mit Hilfe von Firmen, die ständig vor Ort arbeiten. Damit leistet auch die Volksvertretung des Landes einen Beitrag, die große Nachfrage nach Lehrstellen zu stillen. Welche Anstrengungen in und um den Landtag herum in Sachen Ausbildung sonst noch unternommen werden, ist Schwerpunktthema dieses Heftes. Es dokumentiert die vielfältigen Bemühungen in ganz Nordrhein-Westfalen, die von vielen für den Herbst erwartete „Ausbildungskatastrophe“ doch noch abzuwenden.

Foto: Schälte

Chancen für junge Leute – Der Landtag leistet seinen Beitrag

Wort und Widerwort:

Droht im deutschen Gesundheitswesen die Zwei-Klassen-Medizin?

Eine der großen Aufgaben der nächsten Zeit für Politiker aller Parteien und für die Beteiligten ist die Reform des deutschen Gesundheitswesens. In seiner bisherigen Form ist das Ende des 19. Jahrhunderts in seinen Grundzügen geschaffene System an Grenzen gelangt. Änderung tut Not – aber wie? Das Solidarprinzip ganz einfach aufgeben oder es behutsam und ausgewogen anpassen? Die vier Landtagsfraktionen haben da sehr differenzierte Vorstellungen. Sie tragen sie vor auf Seite 8.



Inhalt

Inhalt/Investieren in die Zukunft	2
3.000 Jugendliche erhalten spezielle Ausbildung im BUS-Programm 2003	3
„Ausbilden und ausbilden lassen!“	4
<i>Interview mit Dr. Helmut Linssen (CDU) und Bodo Champignon (SPD)</i>	
Dauerthema im Parlament: Ausbildung	4
Weniger Lehrstellen in NRW	5
Auszubildende in der Landtagsverwaltung	6
<i>„Einfach so rüber kommen, wie man ist!“</i>	
„Nun handelt doch endlich!“	7
<i>Jugendliche fordern Reformen</i>	
Wort und Widerwort	8
<i>Droht im deutschen Gesundheitswesen die Zwei-Klassen-Medizin?</i>	
Aktuelle Stunde zur Modernisierung des Sozialstaats	9
<i>„Das Land will Motor der Erneuerung sein“</i>	
Vom Wert des Unterrichtsfachs Geschichte	10
<i>Fraktionen streiten über die historischen Kenntnisse der jungen Generation</i>	
„Zu Unruhe und Panik besteht zurzeit kein Anlass“	11
<i>Irak-Krieg: Die Behörden in NRW sind wachsam</i>	
Enttäuschung über die Einstellung des Verbotverfahrens gegen die NPD	11
Streit und einstimmige Beschlüsse im Verkehrsausschuss	12
<i>Land sieht Nachteile im Bundesverkehrswegeplan</i>	
Unterausschuss Metrorapid: Keine Spur von Einigkeit	12
Lebenswerte Städte erhalten und nachhaltige Entwicklung sichern	13
<i>Die Leitlinie des Bauprogramms für das laufende Jahr</i>	
Pro und Kontra Schulversuch Förderschule:	14
<i>Abschlussbericht legt kein einheitliches Votum nahe</i>	
Rolle der WestLB bei Ölpipeline in Ecuador	15
<i>Diskurs der Gutachter im Ausschuss</i>	
Juniorprofessur: „Wegweisendes Modell der Zukunft“	16
Nordrhein-Westfalen plant eigene Isolierstation	16
Neues Bestattungsgesetz in der Schlussabstimmung	17
Bürgernähe: Beim Petitionsausschuss liefen zwei Stunden die Telefone heiß	17
Internet auch in der Verwaltung unverzichtbar	18
<i>Die elektronische Lohnsteuerkarte ist auf dem Vormarsch</i>	
Aktiver Landtag: Lauffest im Geiste von Olympia	18
Öffentlicher Dienst: Gehalt nach Leistung	19
Private Public Partnership: Schulsanierung mit Investoren	19
Präsident der Baskischen Regierung zu Besuch im Landtag	19
Aktuelles aus den Ausschüssen	20
Langer Leidensweg bis zur therapeutischen Hilfe	21
<i>Erfahrung weiblicher Opfer von Gewalt</i>	
Ausländische Frauen medizinisch oft schlecht versorgt	21
<i>Alarmierender Befund eines neuen Gutachtens</i>	
Aus den Fraktionen	22
Das Porträt: Marie-Theres Kastner (CDU)	23
Aktuelle Ausstellungen	23
Impressum	23
Geburtstage und Personalien	24

Investieren in die Zukunft

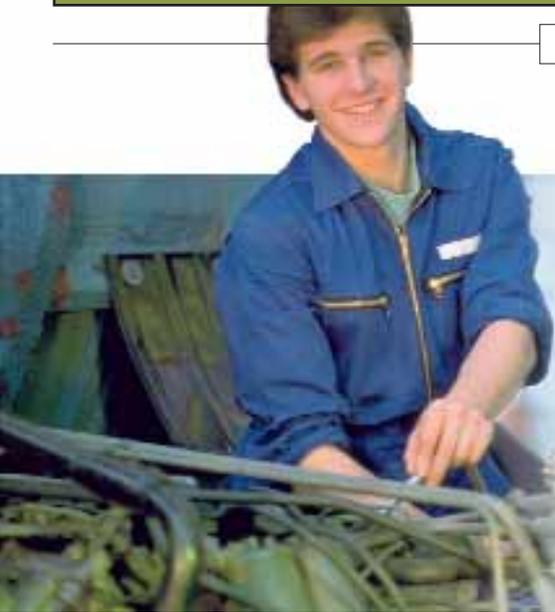
Wer Suchmaschinen im Internet nach dem Stichwort **Ausbildung** anklickt, findet Millionen Einträge. Von dem Ausbildungsplatzangebot der Industrie- und Handelskammern über Online-Jobangebote bis zu aktuellen Testberichten zum Thema **Ausbildung**. Da könnte man meinen, wenn man es nicht besser wüsste, es gebe Lehrstellen soviel wie Sand am Meer.

Ein völlig anderes Bild zeigt sich, wenn man in der gleichen Suchmaschine das Wort **Ausbildungskrise** eingibt. Die Angebote schrumpfen um ein Vielfaches, unter 100 werden gefunden. Die Überschriften deprimierend: „Ausbildungskrise bleibt ernst“, „Beruhigende Töne des DGB“, „Ausbildungskrise bedroht Arbeitsmarkt“ sind nur einige der Schlagzeilen. Und wer den Weg zur Internetseite der Bundesanstalt für Arbeit aufschlägt und dort den aktuellen Arbeitsmarktbericht durchstöbert, findet schnell noch düstere Prognosen: „Arbeitslosigkeit gestiegen – Beschäftigung gesunken“ und „Ausbildungsmarkt erheblich verschlechtert“.

Wer demnächst die Schule beendet, braucht vor allem starke Nerven und eine positive Einstellung, um sich überhaupt noch zu bewerben. Denn schon lange gilt nicht mehr: Wer eine Ausbildung will, der bekommt auch eine. Ausbildung und Jugendarbeitslosigkeit sind Dauerthema im Parlament und in der Ausschussarbeit des Landtags. Obwohl NRW in der Förderung der Ausbildungsbereitschaft von Betrieben und bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit stets einen besonderen Schwerpunkt gesehen hat, sind die Zahlen düster: weniger Stellen, 60 Prozent der Handwerksbetriebe und über 80 Prozent der Industrieunternehmen bilden nicht aus.

Die Politik in NRW fordert von den jungen Bewerberinnen und Bewerbern Flexibilität und keine Fixierung auf einen bestimmten Beruf. Jugendliche fordern praktisch orientierten Schulunterricht und frühzeitigen Kontakt zu Unternehmen. Gefragt ist jetzt ein Zusammenschluss aller: Unternehmen, Handwerk, Politik, Gewerkschaften, Schule und die Jugend müssen an einen Tisch, um gemeinsam Lösungen zu suchen. Fraktionsübergreifende Konzepte sind jetzt gefragt. Unternehmer und Handwerker müssen sich aber auch ihrer Verantwortung bewusst sein, auszubilden. Ohne qualifizierten Nachwuchs bleibt niemand wettbewerbsfähig. Denn nur, wer in die Zukunft – und nur mit qualifiziertem Nachwuchs bleiben Unternehmen wettbewerbsfähig.

SH



3.000 Jugendliche erhalten spezielle Ausbildung im BUS-Programm 2003

Über Maßnahmen zu besseren Ausbildungschancen für benachteiligte Jugendliche informierte Staatssekretär Jörg Bickenbach (Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, MWA) den Wirtschaftsausschuss. Die Parlamentarier lobten die Bemühungen der Landesregierung und begrüßten den in NRW nach wie vor bestehenden Ausbildungskonsens. Nach einer kurzen Aussprache über die Probleme bei Lehrstellen, bei der es laut Staatssekretär in diesem Jahr „eine außerordentlich besorgniserregende Lücke“ gebe, bekräftigte der Ausschuss die Landesregierung in ihrem Kurs und darin, weiterhin Druck auf Verbände und Bundesregierung auszuüben.

Das Angebot an Lehrstellen sei in diesem Jahr drastisch zurückgegangen, vor allem im Handwerk, sagte Bickenbach. Mit den von Minister Harald Schartau eingeladenen Tarifpartnern der Wirtschaft werde sehr zielgerichtet und im Einvernehmen verhandelt. Eine Lösung sei aber nach sehr guten Erfolgen der vergangenen Jahre beim gemeinsamen Ziel, jeder ausbildungswillige Jugendliche erhalte einen Platz, für dieses Jahr noch nicht in Sicht. Vorerst müsse mit mehr überbetrieblicher Ausbildung abgeholfen werden, antwortete er auf eine Frage des Vorsitzenden Dr. Helmut Linssen (CDU).

BUS UND BUT

Seit dem Jahr 2001 erprobt die Landesregierung einen neuen präventiven Ansatz für lernschwache und schulumüde Jugendliche, fuhr Bickenbach fort und erläuterte die beiden Programme „Betrieb und Schule (BUS)“ und „Betrieb und Träger (BUT)“. BUT stelle eine Weiterentwicklung der Berufsförderlehrgänge dar und werde mit 7,4 Millionen Euro pro Jahr nur vom MWA finanziert. Beiden Programmen liege die regelmäßige und dauerhafte Verknüpfung der Lernorte Betrieb und Schule bzw. Betrieb und Qualifizierungsträger zugrunde. 60 Prozent der Ausbildung finde in Schulen oder Bildungseinrichtungen statt,

40 Prozent in Betrieben, und zwar wöchentlich oder in Blöcken.

Das Programm BUS sei mit 1.700 Schülerinnen und Schülern und Praktikumsstellen in 1.357 Betrieben gestartet. 599 Jugendliche dieser schwierigen Zielgruppe hätten den ersten Arbeitsmarkt erreicht, also entweder einen Ausbildungs- oder einen Arbeitsvertrag abgeschlossen. 520 hätten außerdem den Hauptschulabschluss nach Klasse 9 erreicht.

Ein deutlicher Motivationsschub, größere Lernbereitschaft und regelmäßiger Anwesenheit in der Schule gingen mit dem BUS-Programm einher. Das Programm sei auf große Akzeptanz gestoßen. Seit dem Schuljahr 2002 nähmen 2.150 Schüler an 180 Schulen teil. Für Herbst 2003 seien über 3.000 vorgesehen. Die Förderpauschalen des MWA seien von 1.500 auf 1.000 Euro Aufwandsentschädigung für Betriebe und von 250 auf 200 Euro für nachbetreuende Lehrer abgesenkt worden.

Im Programm Betrieb und Träger (BUT) übernehmen 35 bewährte Bildungsträger den Part der Schule. 980 Jugendliche einer Zielgruppe, die in noch größerem Maß schulumüde sei, seien im letzten Schuljahr angelangt. Für sie würden die betrieblichen Praxisphasen flexibel organisiert, wobei der Lern- und Entwicklungsstand berücksichtigt werde.

Außerbetrieblich werden in NRW 496 Jugendliche im Rahmen von JUMP (Jugend mit Perspektive), einem Jugendsofortprogramm der Arbeitsverwaltung, ausgebildet. Die Kosten betragen einheitlich 12.500 Euro pro Jugendlichen und Jahr. Das MWA suche nach einer tragfähigen Alternative zur rein außerbetrieblichen Berufsausbildung, da unterschiedliche Lernorte, vor allem Betriebe, von entscheidender Bedeutung für erfolgreiche Integration sei.

KLEINER GESELLENBRIEF

Zu der von Reiner Priggen (GRÜNE) nachgefragten Aufteilung in zwei Abschlüsse in Handwerksberufen („kleiner Gesellenbrief“), sagte der Staatssekretär einen schriftlichen Sachstandsbericht zu. Die Landesmittel für Ausbildungsprogramme seien im Haushalt 2003 nicht gekürzt worden, antwortete er dem CDU-Abgeordneten Bernhard Tenhumberg. Für die Ausbildungsordnung und Änderungen sei der Bund zuständig, erfuhr Hubert Schulte (CDU), der für die Wiedereinführung der Stufenausbildung eingetreten war. Lothar Niggeloh (SPD) hielt für vordringlich, die Neuordnung der Berufsbilder wieder aufzulegen. NRW habe eine Fülle von Anregungen in die Debatte auf Bundesländer-Ebene eingebracht, berichtete Bickenbach, die zähflüssig, jedoch in-

zwischen „entideologisiert“ verlaufe. ☎

„Tag der offenen Lehrstelle“ - unter diesem Motto haben für den 8. April Ausbildungsbetriebe an Rhein, Ruhr und Wupper junge Leute und ihre Eltern eingeladen, um sie für eine Berufsausbildung im Handwerk zu interessieren und auf freie Ausbildungsplätze aufmerksam zu machen. Die Handwerkskammer im Regierungsbezirk Düsseldorf will im Rahmen einer breit angelegten Mobilisierungskampagne die Lehrstellenlücke schließen helfen. Mit Erfolg: Die bei der Aktion mitmachenden Betriebe konnten 487 freie Lehrstellen anbieten - durchaus auch in anderen als den „klassischen“ Bereichen Kfz-Mechaniker, Dachdecker und Maurer. Foto: Handwerkskammer Düsseldorf





Dr. Helmut Linssen (CDU)

„Ausbilden und ausbilden lassen!“

Mehr Bereitschaft bei den Unternehmen – Mehr Flexibilität bei den jungen Menschen

Die Situation auf dem Lehrstellenmarkt in Nordrhein-Westfalen ist Besorgnis erregend. Das Landesarbeitsamt spricht von 12.000 fehlenden Stellen für 2003. Über Verbesserungsvorschläge, Chancen und Perspektiven sprach „Landtag intern“ mit dem Vorsitzenden des Arbeitsausschusses, Bodo Champignon (SPD), und dem Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses, Dr. Helmut Linssen (CDU).

Eine große Lücke klappt zwischen der Zahl der Auszubildenden und den freien Lehrstellen in NRW. Was hat Ihr Ausschuss bisher dazu beigetragen, um diese Lücke zu schließen?

Champignon: Der Ausschuss ist im ständigen Gespräch mit dem zuständigen Minister, um von ihm zu erfahren, welche Initiativen die Landesregierung entwickelt, um Lücken im Lehrstellenmarkt und allgemein im Arbeitsmarkt zu schließen. Es ist die Aufgabe der Unternehmen, ihrer sozialen Verpflichtung gerecht zu werden und zumindest für den eigenen Bedarf auszubilden. Und das tun ganz viele nicht. Ich komme ja aus dem Industriebereich und weiß, dass wir noch über Bedarf ausgebildet haben. Dann gab es einen Bruch. Plötzlich bildeten die großen Unternehmen nicht mehr aus und warteten darauf, dass Mittelstand und Handwerk ausbildeten, und holten sich dann vom Arbeitsmarkt die ausgebildeten Kräfte. Das ist für mich verantwortungsloses Handeln.

Dr. Linssen: Wir haben uns vor allen Dingen um das Funktionieren des ersten Arbeitsmarktes gekümmert, weil wir der Überzeugung

sind, dass nur in einer wachsenden Wirtschaft auch genügend Ausbildungsplätze geschaffen werden. Wenn Betriebe keine Aufträge haben, nützen auch viele Appelle wenig. Dennoch müssen in dieser Zeit von allen, die sich verantwortlich fühlen, auch Klinken geputzt werden. Aber: Eine durchschlagende Wirkung wird nur dann erreicht, wenn wir vor allem bei den klein- und mittelständischen Unternehmen für Rahmenbedingungen sorgen, die mehr Aufträge garantieren. Mit dem zurzeit in der Beratung befindlichen Mittelstandsgesetz wird zum Beispiel auch dieser Versuch gemacht. Es sind also mehr die indirekt wirkenden Instrumente, die in unserem Ausschuss eine Rolle spielen, zum Bei-

spiel: Wie lässt sich die Investitionskraft der öffentlichen Einrichtungen erhöhen, damit sie wieder in der Lage sind, mehr Aufträge an die klein- und mittelständischen Betriebe zu geben. Darüber hinaus haben wir uns natürlich auch um direkt wirkende Instrumente bemüht,

das heißt, wir haben uns vor allen Dingen um die Problemgruppen des Arbeitsmarktes gekümmert, zum Beispiel um behinderte Jugendliche. Vor langer Zeit haben wir aber auch darauf hin gewirkt, dass vor Ort Innungen, Verbände und Kammern mit Berufsschulen ein Arrangement treffen, damit die Berufsschule auf einen Tag konzentriert wird. Ich glaube, dass man den theoretischen Anteil in Schule und überbetrieblicher Ausbildung von dem jeweiligen Ausbildungsberuf abhängig machen muss. Natürlich muss gerade in dieser Zeit auch daran appelliert werden, dass der einzelne Betrieb nicht nur auf die kurzfristige Belastung durch Ausbildungskosten achtet, sondern auch daran denkt, dass er nach Überwindung des Konjunkturtals ordentlich ausgebildete Gesellen hat.

Wie können Unternehmen und Handwerk motiviert werden, um in Zukunft mehr junge Menschen auszubilden?

Champignon: Große Unternehmen müssten von sich aus motiviert sein, ausreichend auszubilden, um den Bedarf an Arbeitskräften immer wieder auffüllen zu können. Weitere Anreize zu schaffen, indem Unternehmen vom Staat Geld dafür bekommen sollen, dass sie ausbilden, halte ich für keinen redlichen Vorgang. Unternehmen, die dazu nicht bereit sind, kann man eigentlich nur über den Weg der öffentlichen Anprangerung beikommen. Das Handwerk habe ich ausgeklammert, weil ich weiß, dass die Handwerker noch eher bereit sind, auszubilden. Und beim Handwerker verlange ich nicht ohne weiteres, dass er über Bedarf ausbildet. Den größeren Unternehmen, die die ganze Infrastruktur dafür haben, die auch materiell besser ausgestattet sind, denen verlange ich jedoch mehr ab. Der von Minister Schartau eingebrachte Vorschlag, für ausbildende Betriebe eine Steuererleichterung ein-

lament ihren Kinder- und Jugendbericht vor, in dem die beruflichen Aussichten junger Menschen eine Rolle spielen. Dieser Bericht wird ausgiebig vom Landtag diskutiert. Bei den Beratungen des Landeshaushalts sind sich die Parteien in der letzten Zeit darin einig gewesen, dass auch in Zeiten knapper werdender öffentlicher Finanzen die Mittel für mehr Ausbildung und weniger Jugendarbeitslosigkeit von Kürzungen möglichst unbehelligt fortgeführt werden sollten. Landtag und Landesregierung sind sich darüber hinaus einig, dass der Staat nur stützend und fördernd wirken kann. Ausbildung ist und bleibt in erster Linie eine Aufgabe von Wirtschaft und Handwerk, denen nicht zuletzt aus Eigeninteresse daran gelegen sein sollte, Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt in ein annäherndes Gleichgewicht zu bringen.

Dauerthema im Parlament

Ausbildung und leider auch Jugendarbeitslosigkeit sind immer wieder Gegenstand von Beratungen im Plenum und in der Ausschussarbeit des Landtags. In Anfragen von Landtagsabgeordneten an die Landesregierung stehen diese für die Jugend so wichtigen Themen ebenfalls häufig im Mittelpunkt. Nordrhein-Westfalen hat in der Förderung der Ausbildungsbereitschaft von Betrieben und bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit stets einen besonderen Schwerpunkt gesehen und entsprechende Programme aufgelegt und finanziell ausgestattet. Die Landesregierung legt in Abständen dem Par-

zuführen, wäre die einzige Maßnahme, die auch ich unterstützen würde. Dass man sagt, man bietet auf diesem Wege Möglichkeiten, dass eine Steuervergünstigung als Anreiz dient. Dass aber darüber hinaus noch frisches Geld in die Betriebe fließt, halte ich aus fiskalischen Gründen für nicht verantwortbar. Im Gegenteil: Wenn weiter unter Bedarf oder gar nicht ausgebildet wird, muss man auch über eine Ausbildungsplatzabgabe nachdenken dürfen.

Dr. Linssen: Ich glaube, dass die Tarifpartner viel dazu beitragen können, indem sie die Ausbildungsvergütung nicht über Gebühr in die Höhe treiben, da der Kostenfaktor im Moment eine ganz besondere Rolle spielt. Weitere Anreize durch staatliche Hilfen halte ich darüber hinaus für nicht angebracht, da die Bereitschaft zur Einstellung eines Lehrlings davon nicht abhängig ist. Für noch viel wichtiger halte ich es, dass nicht andauernd darüber philosophiert wird, dass man die Betriebe, die nicht ausbilden, durch eine Ausbildungsplatzabgabe bestrafen muss. Dies wirkt psychologisch völlig kontraproduktiv und forciert nur eine Abwehrhaltung.

Was kann der Landtag tun, damit Auszubildende in Zukunft eine bessere Perspektive haben?

Champignon: Der Landtag besteht aus ganz vielen Abgeordneten und die Abgeordneten haben in aller Regel Wahlkreise. In den Wahlkreisen liegen die Betriebe, da gibt es die Betriebsleitung und den Betriebsrat, und ich denke, dass es auch eine Aufgabe von Abgeordneten ist, sich vor Ort unmittelbar und direkt engagiert einzubringen und die Unternehmen im Wahlkreis aufzufordern, angemessen auszubilden.

Dr. Linssen: Der Landtag hat sich sehr der überbetrieblichen Ausbildung angenommen,

der Landtag hat den Ausbildungskonsens forciert, den Landesregierung und Handwerk miteinander geschlossen haben. Dieser hat dazu geführt, dass wir eine Zeit lang sehr gute Ergebnisse vorweisen konnten. Im Grunde genommen konnte das Land im Verbund mit den Kammern eine Ausbildungsplatzgarantie geben. Dies hat bisher, wenn auch nicht immer direkt im Betrieb, so doch mit Hilfe der überbetrieblichen Ausbildung, funktioniert. Das Land hat mit dem Ausbildungskonsens allerdings auch eine Verantwortung übernommen, nämlich für eine bessere Ausbildung in den Haupt- und weiterführenden Schulen. Hier ist noch eine erhebliche Bringschuld gegeben, weil die Betriebe sich zu Recht über ungenügende Kenntnisse der Schulabsolventen gerade in den Grundlagenfächern beklagen. Deshalb ist die Verbesserung der Situation an den Schulen – neben den überfälligen Reformen beim Bund – aus meiner Sicht die dringlichste Aufgabe überhaupt.

Was raten Sie jungen Schulabgängern, um überhaupt eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu haben?

Champignon: Ich rate erst einmal jedem, der durch die Schule geht, sich engagiert in die Schule einzubringen und akribisch darauf zu achten, dass er einen anständigen Schulabschluss bekommt. Diejenigen, die ohne Abschluss die Schule verlassen, gehen den Weg in die Hoffnungslosigkeit. Diejenigen, die etwas

als im selben Zeitraum des Vorjahres. Insgesamt sind bisher rund 70.000 freie Plätze gemeldet. „Wir müssen gemeinsam für mehr Ausbildung werben“, appellierte der Minister an Land, Wirtschaft, Gewerkschaften und Kommunen. Damit meinte er das Aktionsprogramm „100 Tage Maßarbeit für Ausbildung“. Ab April soll es mit Beratungsangeboten, Orientierungshilfen und detaillierten Informationen für Jugendliche und Betriebe mehr Ausbildungsplätze schaffen und vermitteln. Derzeit würden 60 Prozent der Handwerksbetriebe und rund 82 Prozent der Betriebe aus Industrie und Handelskammer nicht ausbilden. Laut Handwerkskammer gibt es allerdings auch etwa 600 offene Stellen, die nicht ausgefüllt werden können.



Bodo Champignon (SPD)

Fotos: Schälte

vorzuweisen haben, können sich auch auf dem Ausbildungsmarkt behaupten. Örtliche Flexibilität, wie sie beispielsweise von vielen Arbeitnehmern aus dem Bergbau und Hüttenwesen verlangt wird, darf man meiner Meinung nach auch Auszubildenden zumuten. Ich denke darüber nach, ob man nicht einen „Flexibilitätszuschuss“ organisieren kann, damit der Auszubildende sich vielleicht ein Fahrzeug kaufen kann, um den Ausbildungsort zu erreichen, wenn dieser zu weit im Lande oder in der Provinz liegt, wo keine idealen Verkehrsverbindungen vorhanden sind. In dem Fall wäre das ein Hilfsmittel, um die Auszubildenden dazu zu bewegen, auch einen Ausbildungsplatz anzunehmen, der nicht gerade unmittelbar vor der Haustür liegt.

Dr. Linssen: Ich rate jungen Schulabgängern, sich frühzeitig zu bemühen, sich nicht festzubeißen auf einen bestimmten Ausbildungsberuf, sondern die Palette der Möglichkeiten auch von sich aus zu erweitern. Im lebenslangen Lernen wird man sowieso häufiger zum Wechsel gezwungen sein, von daher ist es wichtiger, überhaupt ausgebildet zu sein als unbedingt in dem Traumberuf. Wir haben nach wie vor Betriebe mit freien Ausbildungskapazitäten vor allem in den Berufen, die zur Zeit vom Image her nicht besonders begünstigt sind, aber gerade in diesen konjunkturell schwierigen Zeiten eine gute Perspektive bieten. Außerdem müssen Jugendliche natürlich leistungsbereit und auch mobil sein. Wir haben als Landtag Mobilitätshilfen finanzieller Art ermöglicht, die nur in geringem Maße in Anspruch genommen worden sind. Ich glaube, dass ein 17- oder 18-Jähriger, der in seiner Freizeit viel Mobilität zeigt, diese auch für seine Ausbildung aufbringen muss.

Das Gespräch führten Stephanie Hajdamowicz und Axel Bäumer.

Maßarbeit für Ausbildung

Die Krise auf dem Arbeitsmarkt macht auch bei den Ausbildungsstellen nicht halt. Arbeitsminister Harald Schartau (SPD) brachte die Ergebnisse des Spitzengesprächs im Ausbildungskonsens NRW auf den Punkt: Im Jahr 2002 wurden 10.400 weniger Azubis von Betrieben unter Vertrag genommen als im Vorjahr, ein Rückgang um 8,3 Prozent auf 115.600 Neuverträge. Auch für dieses Jahr ist keine Besserung in Sicht, denn in den ersten vier Monaten des aktuellen Berufsberatungsjahres gab es 13.800 Stellen weniger auf dem Ausbildungsmarkt

Breites Spektrum

Das Aufgabenspektrum, das sich aus der Arbeit einer Dienstleistungsbehörde wie der Verwaltung des Landtags Nordrhein-Westfalen ergibt, ist weitreichend. Daher ist die Landtagsverwaltung in der Lage, Ausbildungsstellen anzubieten, die nicht im Zusammenhang mit dem eigentlichen Verwaltungsdienst stehen. In diesem Bereich arbeitet der Landtag mit mehreren Firmen als Kooperationspartner zusammen.

IM EINZELNEN BILDET
DER LANDTAG AUS:

- ▶ Drei Stellen in dem Bereich Kälteanlagenbauer/in
- ▶ Zwei Stellen in den Bereichen IT-Systemelektroniker/in und Fachinformatiker/in
- ▶ Eine Stelle in dem Bereich IT-Systemkaufmann/-kauffrau
- ▶ Eine Stelle in dem Bereich Bürokommunikations-elektroniker/in
- ▶ Zwei Stellen in dem Bereich Koch/Köchin.

Auszubildende in der Verwaltung

„Einfach so rüber kommen, wie man ist!“

Der Landtag in seiner Funktion als Landesparlament, in dem Politiker über Themen wie beispielsweise die angespannte Ausbildungsplatzsituation debattieren, dürfte jedem bekannt sein. Der Landtag in seiner Funktion als Ausbildungsstelle dürfte hingegen weniger geläufig sein. Susanne Gudermann (20) und Janna Pusch (18) haben vor knapp einem Jahr ihre Ausbildung zur Fachangestellten für Medieninformationsdienste bei der Landtagsverwaltung begonnen.

Das Besondere an der Geschichte der beiden jungen Frauen: Sie beginnt ganz anders als die vieler anderer Jugendlichen, nämlich überraschend problemlos. Durch Zufall stießen sie auf die Stellenausschreibung der Landtagsverwaltung in der Tageszeitung. Sie bewarben sich, und wurden bereits kurze Zeit später zum Vorstellungsgespräch eingeladen.

„Das war schon eine echte Ausnahmesituation“, erinnert sich Susanne Gudermann, denn sie mussten einzeln vor einem sechsköpfigen „Tribunal“ vorsprechen. Ein bisschen Stolz über ihr gutes Abschneiden ist den Beiden heute noch anzumerken – und zu Recht. Schließlich war es für beide nicht nur die erste Bewerbung überhaupt, sie konnten sich zudem gegen rund 120 Mitbewerber und Bewerberinnen durchsetzen. Das Mittel zum Erfolg:

„Einfach so rüber kommen, wie man ist! Man muss von vornherein locker in das Gespräch gehen und sagen, was man kann, was man hat und was man möchte“, rät Janna Pusch.

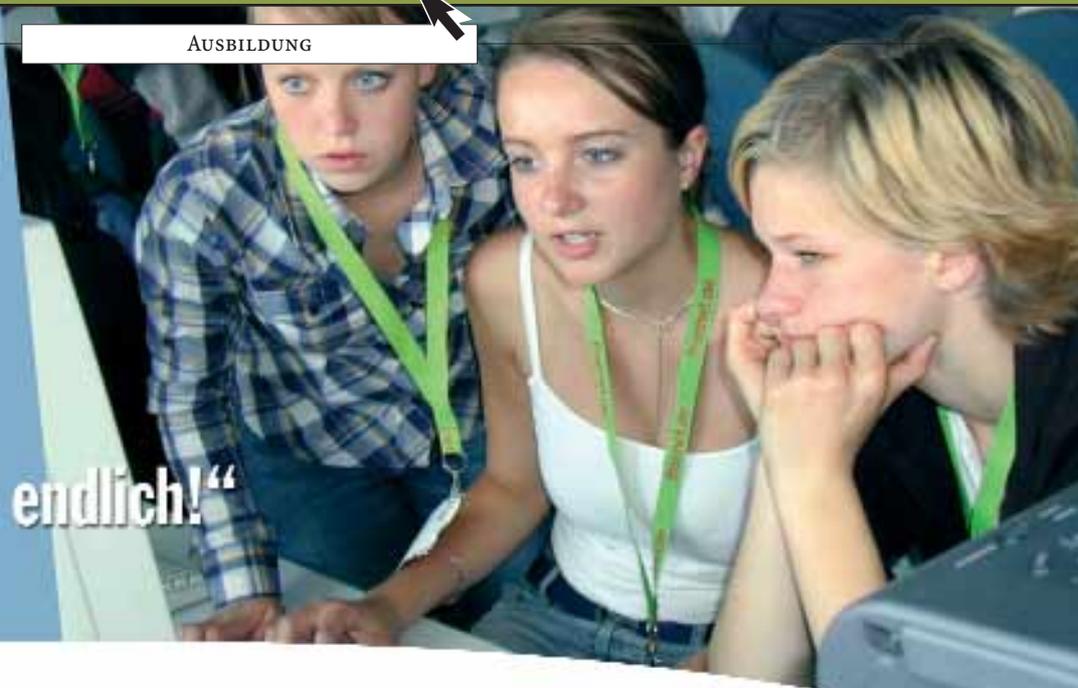
Zu ihren Aufgabengebieten gehören die Unterstützung der Pressedokumentation durch Recherche und Datenbankeingaben sowie das Erstellen der Presseschauen, die Abgeordneten, Journalisten und Mitarbeitern der Verwaltung als tägliche Informationsquelle dienen. Mit dem bisherigen Verlauf der Ausbildung sind die beiden Auszubildenden prinzipiell sehr zufrieden. „Was leider fehlt, ist die Perspektive“, berichtet die 18-jährige Janna. Denn die Chancen, nach der Ausbildung im Jahre 2005 vom Landtag übernommen zu werden, sind schlecht, da auch hier Stellen gekürzt werden. Daher haben beide bereits Alternativen für die Zeit nach dem Ausbildungsende ins Auge gefasst: Abiturientin Susanne möchte nach der Lehre Informatik studieren und hofft auf einen Job in der Spieleindustrie. Janna, die das Gymnasium nach der elften Klasse verlassen hat, hätte nach Abschluss der Ausbildung das Fachabitur in der Tasche. Sie träumt von einem einjährigen Auslandsaufenthalt in der irischen Hauptstadt Dublin, möchte nach Möglichkeit ebenfalls studieren und später als Bibliothekarin arbeiten. **ax**



Täglich werden an die 36 Tageszeitungen und Wochenschriften aus Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern in der Pressedokumentation des Landtags ausgewertet. Ein Ergebnis dieser Bemühungen ist die täglich zweimal erscheinende Presseschau des Landtags, in die landespolitisch oder bundespolitisch bedeutsame Beiträge aufgenommen werden. Auf diesem Bild laufen die Vorbereitungen zur Auswahl der Artikel und Kommentare: Diplom-Dokumentarin Karla Frankus (Mitte) erläutert den beiden Auszubildenden Susanne Gudermann (l.) und Janna Pusch (r.), worauf es bei der Zusammenstellung ankommt. Foto: Schälte

Fit in Sachen Neue Medien:
Drei junge Teilnehmerinnen
während eines Seminars
auf dem JugendMedienEvent.
Foto: Leismann

Jugendliche fordern Reformen „Nun handelt doch endlich!“



Wie gehen junge Menschen mit den Problemen um, die sich ihnen in Ausbildung und beim Eintritt in den Beruf stellen? Welche Erwartungen haben sie und was tun sie von sich aus, um sich zu qualifizieren und eine Stelle zu finden? Die Junge Presse, der Zusammenschluss junger Medienmacher im Lande, hat sich dazu auf Einladung der Redaktion von „Landtag intern“ zum Schwerpunktthema dieser Ausgabe der Parlamentszeitschrift Gedanken gemacht.

Es ist Montagmorgen, 6 Uhr 30. Die Sonne erhebt sich langsam über Bochum, erweckt die Ruhrpott-Metropole zum Leben. Auch Thomas Heidborn kitzeln die ersten Sonnenstrahlen in der Nase. Er dreht sich noch einmal um, wirft fast automatisch einen Blick auf seinen Wecker und zuckt zusammen. Sein erster Gedanke: zu spät zur Arbeit kommen, weicht sofort einem unguuten Gefühl. Seit drei Monaten nun bleibt der Wecker still und eigentlich könnte er sich umdrehen und weiter schlafen. Thomas ist nach der Ausbildungszeit nicht übernommen worden.

„Früher haben wir oft Witze darüber gemacht, wie schön es wäre, mal einige Monate frei zu haben, Zeit für sich zu haben“, erzählt

Thomas. „Aber die Realität hat mich schnell eingeholt. Die ersten freien Tage habe ich noch genossen, aber dann kam die Leere, das Gefühl mit meiner Zeit nichts anzufangen zu wissen und der Gesellschaft nur auf der Tasche zu liegen. Ich habe eine Vielzahl Bewerbungen geschrieben und mit jeder Ablehnung sank mein Selbstbewusstsein.“ Der 22-Jährige hat sich seinen Start ins Berufsleben anders vorgestellt. Nach dem Abitur hat er seine Lehre als Zimmermann in nur zweieinhalb Jahren abgeschlossen. Doch der erhoffte Berufseinstieg blieb aus. Stattdessen Arbeitslosigkeit, Hoffnungslosigkeit und Vorwürfe an die Politik: „Warum geschieht eigentlich so wenig?“

PERSPEKTIVLOSIGKEIT?

Vor dem Leben, das Thomas gezwungen ist zu führen, haben viele Jugendliche Angst. Daniel Sänger und seine Freunde, Zehntklässler an einer Bochumer Gesamtschule sind sich einig: „Es ist doch egal, was wir lernen, wenn wir sowieso auf der Straße sitzen. Also, warum groß anstrengen?“

Gegen diese Perspektivlosigkeit protestiert Nicole Hansen (18) ganz entschieden. „Auf einen Wirtschaftsabschwung folgt auch wieder ein Auf-

schwung und damit sinkt die Arbeitslosigkeit. Die Probleme werden von den Medien aufgebauscht.“ Sie selbst kann sich nicht über Arbeitsmangel beschweren. Seit ihrem 16. Lebensjahr verdient sich die Schülerin nebenbei Geld, hilft ehrenamtlich in Vereinen und sieht genau darin den Schlüssel ihres Erfolges: „Die Schule müsste viel spezialisierter, mehr praktisch Nutzbares vermitteln, nicht so viele theoretische Inhalte, die nie wieder gebraucht werden. Die meisten haben wenig Erfahrungen im Umgang mit Unternehmen und zu wenig Kontakte. Die wiederum fehlen ihnen später, um an begehrte Jobs zu kommen.“ Helfen würden mehr Praktika. „Die letzten zwei Wochen vor den Zeugnissen wird im Unterricht nicht mehr viel gemacht. Warum werden in dieser Zeit keine Praktika angeboten? Dafür könnte man überflüssige Inhalte streichen oder die Lehrer müssten ihren Stoff komprimierter durchziehen.“

Ähnlich argumentiert der Abiturient Andre Koch (19): „Grundlegende EDV-Kenntnisse, beispielsweise in Office-Anwendungen oder Zehn-Finger-Schreiben, werden in fast jedem Beruf vorausgesetzt. Es sollte Pflicht sein, in der Schule entsprechende Kurse zu belegen.“ Nach dem Abitur möchte er mit einem Freund einen PC-Service gründen, um sein Informatik-Studium zu finanzieren und von den Eltern unabhängig zu sein. Doch das erweist sich als schwierig: „Die Handwerksordnung schreibt vor, dass wir keine Computer öffnen dürfen. Gerade in neuen Wirtschaftsbereichen gehen durch zu strikte Regelungen Arbeits- und Ausbildungsplätze verloren.“ Dabei sei es schlimm genug, während des Studiums auf Arbeit angewiesen zu sein. „Vielleicht sollte man statt Bafög zinslose Kredite bereitstellen, die jedem für Studiengebühren und Lebenshaltung unabhängig vom ökonomischen Status zustehen.“

Solche Probleme interessieren Thomas im Moment wenig. Jeden Morgen, wenn er in den Briefkasten schaut, hofft er auf eine Einladung zu einem Bewerbungsgespräch, „damit mein Leben endlich wieder einen Sinn hat“. **Tobias Lambrecht**

Die Junge Presse NRW

Die Junge Presse Nordrhein-Westfalen (JPNW) e.V. gehört seit gut 50 Jahren zu den größten ehrenamtlich- und selbstorganisierten Jugendmedien-Organisationen in Deutschland. Sie führt junge Menschen an Medientätigkeiten heran und bietet ihnen Foren, um ihre Meinung gegenüber der Öffentlichkeit, der Wirtschaft und der Politik zu vertreten. Dies erfolgt unter anderem durch Seminare, Bildungskongresse, das JugendMedienEvent und eigene Publikationen. Die JPNW ist eine Mischung aus einem Serviceverband und einer Gewerkschaft für engagierte Jugendliche in

unserem Bundesland. Angesprochen sind nicht nur medieninteressierte Schüler und Mitarbeiter von jugendeigenen Medien, sondern auch Medien-Studenten und junge Mitarbeiter von Profimedien. Auch für Öffentlichkeitsreferenten von Verbänden hat der Verein zahlreiche Angebote. Damit ermöglicht die JPNW eine einzigartige Vernetzung von engagierten jungen Menschen mit vielfältigen Hintergründen und politischen Ansichten. Schon aus diesem Grund ist die JPNW parteipolitisch neutral und legt großen Wert auf die für den Journalismus unverzichtbare Unabhängigkeit. Informationen zur Arbeit der JPNW und zu Mitgestaltungsmöglichkeiten im Internet unter www.junge-presse.de.

VON RALF JÄGER (SPD)

Die demographische Entwicklung und der medizinische Fortschritt lassen die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen wachsen. Dem wachsenden Anspruch wird die bisherige Finanzierungsbasis nur noch bedingt gerecht. Deshalb muss das Gesundheitswesen nachhaltig reformiert werden. Ziel der Reform muss sein, die Produktivität im Gesundheitssystem deutlich zu erhöhen und die Finanzierungsbasis dauerhaft zu stabilisieren.

Die von der Bundesregierung eingesetzte Rürup-Kommission erarbeitet Reformvorschläge. Auf mehreren Feldern muss gehandelt werden. So kann die Produktivität unseres Gesundheitssystems etwa durch Verbünde von Leistungserbringern erhöht werden, die im Rahmen des „case-managements“ umfassende Versorgungsketten aus einer Hand anbieten. Gleichzeitig sind Wettbewerb und Qualitätssicherung fortzuentwickeln. Zum anderen wird es zur Sicherung der finanziellen Basis unseres Gesundheitswesens entscheidend darauf ankommen, finanziell leistungsstarke Bürgerinnen und Bürger, etwa durch eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze am solidarischen Lastenausgleich zu beteiligen. Auf der Ausgabenseite ist die Gesetzliche Krankenversicherung von systemfremden Lasten zu befreien.

Die SPD-Landtagsfraktion wird den eingeleiteten Reformprozess kritisch begleiten. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, dass allen Bürgerinnen und Bürgern auch in Zukunft ein qualitativ hochwertiges, solidarisch und paritätisch finanziertes

Gesundheitssystem zur Verfügung steht.



VON RUDOLF HENKE (CDU)

Die Zwei-Klassen-Medizin in Deutschland droht nicht nur, sie existiert bereits. Noch nie war das Leistungsversprechen der gesetzlichen Krankenversicherung so durchlöchert wie heute. „Rotgrüne“ Politik hat dafür gesorgt, dass wir heute zur gleichen Zeit mit steigenden Beitragssätzen, Verschlechterung der Versorgungsqualität, Überlastung des Personals und überbordender Reglementierung unseres Gesundheitswesens konfrontiert sind.

Trotz eines Beitragssatzes von 14,3 Prozent war das Defizit in der gesetzlichen Krankenversicherung mit fast drei Milliarden Euro nie größer als heute. Dazu hat der Verschiebepfeil der letzten Jahre kräftig beigetragen. Starre Budgets und Nullrunden führen zu Wartelisten und immer mehr Staatsmedizin. Durch den demographischen Wandel, den medizinisch-technischen Fortschritt sowie die gestiegene Souveränität vieler Patienten werden die Herausforderungen an unser System immer größer.

Deshalb brauchen wir eine umfassende Reform der gesetzlichen Krankenversicherung. Zentrales Ziel muss die Sicherung einer hervorragenden gesundheitlichen Versorgung aller Bürger sein, unabhängig von Alter, Einkommen, Geschlecht oder Gesundheitszustand. Damit die großen Risiken weiter solidarisch abgesichert bleiben können, muss der Versicherte mehr Einfluss auf seinen Schutz vor kleinen Risiken bekommen. Gefragt sind mehr Selbstbestimmung, mehr Transparenz, mehr Prävention, mehr Kooperation.



VON DR. JANA PAVLIK (FDP)

VON BARBARA STEFFENS (GRÜNE)

Die auf uneingeschränkte Solidarität orientierte und paritätisch angelegte Gesundheitsversorgung der Arbeitnehmer ist im bisherigen Stil nicht mehr zu finanzieren. Eine immer noch bestehende „Stellschraubenmentalität“ statt einer grundlegenden Reformbereitschaft des Systems führt nur zu immer neuen staatlichen und dirigistischen Eingriffen, zur bloßen Kostenreduzierung: Rücknahme von Leistungen, Selbstfinanzierung von Vorsorgeuntersuchungen, Budgetierungen und Einschränkungen des ärztlichen Verantwortungsbereiches. Dies hat dazu geführt, dass schon jetzt eine Zwei-Klassen-Medizin besteht. Wer es sich leisten kann, kauft sich das Mehrangebot über die Kassenleistungen ein. Die entscheidende Frage für eine Gesundheitsversorgung lautet: Wie kann eine gute und medizinisch verantwortliche Grundversorgung finanziert und garantiert werden. Ein Mehr ist nicht weiter zu finanzieren. Polemische Attacken gegen eine

solche Grundversorgung gaukeln der Bevölkerung immer noch vor, dass alles, was medizinisch machbar ist und angeboten werden kann, auch bezahlbar wäre. Die Frage nach einer verantwortlichen Finanzierbarkeit in der Gesundheitsversorgung bildet keinen Angriff auf die Solidarität, sondern ist ein Gebot der Stunde. Der Vorwurf einer Zwei-Klassen-Medizin provoziert unberechtigt Ängste und konterkariert alle Strukturreformen.



Viele Vorschläge in der aktuellen Diskussion um eine Gesundheitsreform auch von Teilen der Rürup-Kommission und der CDU-Opposition gehen in die falsche Richtung.

So etwa die Ausgliederung von Freizeitunfällen oder der gesamten Zahnbehandlung aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen. Wir wollen zu sportlicher Betätigung im Sinne von Gesundheitsförderung anregen und halten den regelmäßigen Zahnarztbesuch für wichtig. Auch das vorgeschlagene Eintrittsgeld in die Praxis sehen wir kritisch. Es kann gerade Menschen mit niedrigem Einkommen aus wirtschaftlichen Gründen vom rechtzeitigen Arztbesuch abhalten und damit zu gesundheitlichen Folgeschäden führen.

Bei den anstehenden Reformen sind für uns zwei Fragen entscheidend: Führen die vorgeschlagenen Maßnahmen dazu, dass sie Prävention befördern und verhindern sie, da wo es möglich ist, dass Krankheiten chronisch werden? Sind sie geeignet, die Krankheitsrisiken von Menschen mit geringem Einkommen und in sozialer Not zu verringern? Denn viele Untersuchungen haben belegt, dass Krankheit und Gesundheitsrisiken in einem engen Zusammenhang mit der sozialen Lage stehen. Nur mit einem klaren Ja auf diese Fragen kann es uns gelingen, eine hoch entwickelte medizinische Versorgung und geeignete Maßnahmen der Prävention für alle Bürgerinnen und Bürger bereitzustellen und somit eine Zwei-Klassen-Medizin auch für die Zukunft zu verhindern.



„Das Land will Motor der Erneuerung sein“ Aktuelle Stunde zur Modernisierung des Sozialstaats

Wie bewerten die Landtagsparteien die Rede des Bundeskanzlers vom 14. März, in der er seine Vorstellungen dargelegt hat, wie in Deutschland die Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft den veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden müssen? Und welche Rolle kann das bevölkerungsreichste Land in diesem Prozess übernehmen? Die SPD meint, die eines Motors für Reformen in Deutschland. Die GRÜNEN stimmen bei, die Oppositionsfraktionen CDU und FDP machten im Plenum am 19. März Vorbehalte geltend. Die Union verlangte mehr soziale Gerechtigkeit, die Liberalen zeigten Ungeduld: Statt weiterer Worte wollten sie rasche Taten sehen.

Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, betonte, ohne Zumutungen gehe es bei der Erneuerung des Sozialstaats nicht ab, der den Menschen in den letzten Jahren Wohlstand und Sicherheit gegeben habe. Jetzt müsse er fortentwickelt und zukunftsfähig gemacht werden, am besten in der Gemeinsamkeit der demokratischen Parteien. Moron erinnerte daran, dass das Land NRW in der Vergangenheit Anstöße für wichtige Reformen, wie etwa den Ausbildungskonsens, die zahlreichen Ganztagschulen, die Vorschläge zur kommunalen Finanzreform, die Modernisierung der Arbeitsverwaltung und die Reform des öffentlichen Dienstes gegeben habe: „Nordrhein-Westfalen kann der Motor für notwendige Reformen sein.“ Kosmetische Korrekturen hülfe jetzt nicht mehr, man brauche durchgreifende Veränderungen. Dazu habe die SPD ihre Vorschläge auf den Tisch gelegt.

Reden in Bundestag und Landtag beschränken. Es genüge nicht, nur den Mund zu spitzen, es müsse endlich losgehen, darauf warteten die Menschen. Ihnen gegenüber soll-

und konstruktiv, zielorientiert und – wo nötig – auch kritisch begleiten“.

Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) stellte fest: „Dieses Land wird sich mit dem Gewicht, das es als größtes und stärkstes Land in der Bundesrepublik Deutschland hat, für die Umsetzung dieser Reformen einsetzen.“ Dabei werde sich die Landesregierung auf Felder konzentrieren, um Arbeit und Wachstum im Land zu fördern: Verbesserung der kommunalen Finanzlage, eigene Maßnahmen für die passgenaue Umsetzung des Hartz-Konzeptes, Konzentration auf die Mittelstandsfinanzierung, Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, Industriepolitik, aber auch die Bereiche Bildung, Gewährleistung der Mobilität und die ökologische Erneuerung des Landes. Er, Steinbrück, sei für jeden Vorschlag dankbar, aber „eine Fortsetzung der ritualisierten Auseinandersetzung, Meisterschaften im Besserwissen, der Belehrung und rhetorischen Bocksprünge, dass die Landesregierung oder die amtierende Bundesregierung immer in allem und wo auch immer versagen, und dass das Land in einem jämmerlichen Zustand ist, führen uns nicht weiter“.



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Edgar Moron (SPD)

Peer Steinbrück (SPD)

Hermann-Josef Arentz (CDU) vermisste die parlamentarisch angemessene Grundlage der SPD-Vorschläge. Eine Kanzler-Rede reiche nicht aus, das müsste schon in konkreter Gesetzesform vorgelegt werden. Außerdem fehle den vielen Einzelmaßnahmen die Vision, in welche Richtung sich Deutschland in der Globalisierung entwickeln solle. Die wichtigste Sofortmaßnahme für Investitionen und Arbeitsplätze in Deutschland wäre der Verzicht auf das Programm der Bundesregierung zum Abbau von Steuervergünstigungen mit seinen 48 Steuer- und Abgabenerhöhungen. Bei der angestrebten Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe kritisierte Arentz die geplante Benachteiligung älterer Arbeitnehmer: Dieser Kürzungsvorschlag sei sozial nicht gerecht. Auch die Besteuerung von Lebensversicherungen lehnte er als „Anschlag auf die Eigenvorsorge“ ab.

te nicht von „Zumutungen“ gesprochen werden, sondern von Zutrauen, dass sie sich selbst helfen können. Man könne keine Gemeinsamkeit fordern, wenn man nicht versuche, gemeinsam mit der Opposition etwas auf den Weg zu bringen.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, betonte, ihre Partei habe den erforderlichen Reformkurs an den Zielen Erneuerung, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtet. Globalisierung und demographische Veränderungen seien nur zu bestehen, „wenn unsere Gesellschaft zum Wandel fähig ist“. Diese Erneuerung gelinge nicht ohne die deutliche Senkung der Arbeitslosenzahlen, die Reform sei ohne soziale Gerechtigkeit nicht denkbar. Das vom Bundeskanzler aufgezeigte Programm werde ihre Partei „differenziert



Hermann-Josef Arentz (CDU)

Dr. Ingo Wolf (FDP)

Fotos: Schälte

Vom Wert des Unterrichtsfachs Geschichte

Fraktionen streiten über die historischen Kenntnisse der jungen Generation

Auch eine Folge des Bewusstseins (oft leidvoll) erlebter europäischer Geschichte – Die Anti-Kriegs-Demonstrationen vieler – auch junger – Menschen in vielen Ländern der Gemeinschaft. Dieses Bild zum Beispiel entstand auf den Düsseldorfer Rheinwiesen, wo eine Menschenkette vor der Kulisse des Landtags im Hintergrund das Wort „Peace“ (Frieden) bildete.

„Der Landtag fordert die Landesregierung auf, das Gewicht des Faches Geschichte wieder herzustellen“, so lautet die Grundforderung des Antrags der CDU-Fraktion (Drs. 13/3630), den der Landtag nach der Erörterung im Plenum am 19. März an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung überwiesen hat. Dort soll er abschließend beraten und darüber abgestimmt werden. Historiker seien entsetzt und tief besorgt über die Geschichtskennntnisse von Abiturienten, klagt die Union in der Antragsbegründung.

Michael Solf (CDU) griff auf das Bildungsverständnis seiner Partei zurück: Entscheidend für die Zukunft der Gesellschaft sei nicht die Anzahl der Computer in einer Schule, „entscheidend ist die Fähigkeit der Schule, einen Beitrag zur ganzheitlichen Menschenbildung zu leisten. Dafür wiederum ist ein tiefgehender und umfangreicher Geschichtsunterricht in allen Stufen unabdingbare Voraussetzung“. Bei der Einführung des Kurssystems in der gymnasialen Oberstufe sei das Fach Geschichte besonders geschwächt (und die Sozialwissenschaft aufgewertet) worden, von dieser Schwächung habe es sich bis heute nicht erholt. Aber eine Gesellschaft, die geschichtslos lebe, werde genau wie ein Kind, dem eine Bezugsperson fehle, „immer wieder versuchen, das Rad neu zu erfinden“. Über das An-

liegen des Antrags, so Solf abschließend, sollte eine Anhörung stattfinden.

Hans Frey (SPD) zweifelte an der vorgeschlagenen Therapie, eine oder zwei Wochenstunden mehr Geschichtsunterricht zu erteilen, um den angeblich bedenklichen Mangel an Geschichtskennntnissen zu beheben. Vom alten Geschichtsunterricht, der sich in den Dienst der nationalen Idee gestellt habe, sei man aus leidvoller geschichtlicher Erfahrung abgerückt und habe ihn bewusst sozialwissenschaftlich ausgestaltet. Den Grund für eine gewisse historische Bewusstlosigkeit allein den Schulen in die Schuhe zu schieben, sei ungerecht, denn „irgendwo hat auch der Einzelne eine Verantwortung für seinen Bildungsstand“. Statt über ein einzelnes Fach sollte die Debatte darüber, wie der allgemeine Bildungsstand zu heben sei, geführt werden.

Joachim Schultz-Tornau (FDP) stimmte der Meinung zu, das Fach Geschichte werde – „nicht nur in NRW, sondern auch in anderen Bundesländern“ – immer mehr an den Rand gedrückt. Um zu vermeiden, dass die professorale Klage Wirklichkeit wird, mindestens Zweidrittel der 16- bis 19-Jährigen wüchsen faktisch ohne Geschichtskennntnisse auf, müsse hinreichend Raum für Geschichte in den Stundentafeln der Schulen geschaffen werden. Aber das bedeute gleichzeitig eine ausreichende Zahl an Lehrern. Geschichtliche Bildung sei eine kulturelle Basisqualifikation. Wer die nicht erwerbe, laufe Gefahr, sich in der demokratischen Gesellschaft nicht zurecht zu finden.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Fraktionsvorsitzende, fand, mit ihrem Antrag habe es sich die

CDU zu einfach gemacht. Sie habe nämlich den Blick nicht auf sich selbst gerichtet. Der Umgang der Union etwa mit dem Zuwanderungsgesetz mache deutlich, „dass die jüngere Geschichte ohne Spuren an der CDU vorüber gegangen ist“. Der Geschichtsunterricht sei in der Sekundarstufe I fest verankert, das Fundament für die Oberstufe gut bestellt. Da müsse das Land keinen Vergleich, was die Anzahl der vorgeschriebenen Stunden angehe, mit den anderen Bundesländern scheuen. Niemand komme ohne Geschichte zum Abitur. Darum sei ihres Erachtens der Antrag „ganz und gar hinfällig“.

FAKTENLAGE

Schulministerin Ute Schäfer (SPD) urteilte auch, dass der Vorwurf nicht gegen das Land zu richten sei: „In Nordrhein-Westfalen hat das Fach Geschichte eine gute Grundlage und eine gute Zukunft“. Das gelte für die Sekundarstufe I wie für die Oberstufe. Hier nannte die Ministerin Zahlen: Zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler hätten 2002/2003 in der Jahrgangsstufe 11 Geschichte belegt. Ab Jahrgangsstufe 12 wählten 16 Prozent das Fach als Leistungsfach und etwa 30 Prozent wählten Geschichte als Fach der schriftlichen und mündlichen Abiturprüfung. „Geschichte ist nach wie vor das am häufigsten gewählte gesellschaftswissenschaftliche Fach in der gymnasialen Oberstufe. Kein Schüler kann sich vom Geschichtsunterricht befreien.“ Die positiven Wirkungen dieses Unterrichts erkenne man an den Erfolgen nordrhein-westfälischer Schülerinnen und Schüler, die beim Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten regelmäßig gute Platzierungen erreichten.

NPD-Verbot

Bedauern im Innenausschuss: Der Leiter des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, Dr. Hartwig Möller, zeigte sich enttäuscht von der Einstellung des Verbotsverfahrens gegen die NPD durch das Bundesverfassungsgericht. Das Gericht habe mit seinem Beschluss keine Entscheidung zur Sache getroffen, ob nämlich die NPD verfassungswidrig ist oder nicht. Und es seien auch viele Fragen nicht geklärt worden, die den Einsatz von Vertrauenspersonen des Verfassungsschutzes betreffen. Selbst wenn man das Beweismaterial erneut einbringen würde (Möller: „Das Material ist nicht verbraucht“), sei von zwei bis drei Jahren Dauer eines neuen Verbotsverfahrens auszugehen. Vorher sei genau zu prüfen, ob das Verfahren Erfolg verspricht. Der politische Kampf gegen die rechtsextreme Partei müsse aber weitergehen, fand Möller, sie sei „zu isolieren und zu marginalisieren“. Nach 50 Jahren Demokratie in Deutschland habe die NPD bei Wahlen zuletzt weniger als 0,5 Prozent erreicht – „auf diesem Niveau werden wir sie halten“, erklärte der oberste Verfassungsschützer im Land. Horst Engel (FDP) quittierte das gescheiterte Verbot mit der Bemerkung, seine Partei sei von Anfang an gegen diesen Antrag gewesen, man müsse sich mit Argumenten mit der NPD auseinandersetzen. Die drei Antragsteller – Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung – hätten sich „nicht mit Ruhm bekleckert“.



„Zu Unruhe und Panik besteht zurzeit kein Anlass“

Die Behörden in NRW sind wachsam und treffen Vorbereitungen

Vorläufige Entwarnung im Ausschuss für Innere Verwaltung: Nach gegenwärtigem Erkenntnisstand gibt es zwar beim Schutz der Bevölkerung vor terroristischen Anschlägen Anlass zu erhöhter Wachsamkeit und Sensibilisierung in allen Bereichen, „aber alles in allem keinen Grund zu übertriebenen Sorgen und Panik“. Was die Gefahr durch terroristische Angriffe durch Biowaffen, insbesondere Pockenviren angeht, so geben auch hier die amtlichen Stellen derzeit Entwarnung. Es gebe keine Hinweise darauf, dass terroristische Gruppen über Pockenviren verfügen und in der Lage seien, sie einzusetzen.

In der Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung und Verwaltungsreform unter der Leitung des Ausschussvorsitzenden Klaus-Dieter Stallmann (CDU) wurde deutlich, dass die Sprecher von Innenministerium (Leitender Polizeidirektor Jürgen Mathies) und Gesundheitsministerium (Ministerialdirigent Klaus Bösch) mehr zu bieten haben als beruhigende Worte. Die Sicherheits- und Gesundheitsbehörden des Landes sind dabei, die vor allem vom Terrorismus islamistischer Prägung ausgehenden möglichen Bedrohungen zu beobachten, zu analysieren und die daraufhin entwickelten Gegenstrategien umzusetzen.

Es gebe Informationen darüber, dass die Bundesrepublik nicht nur als Vorbereitungsraum, sondern auch als Ziel ins Visier geraten sei. Im Irak-Krieg könnten Organisationen wie Al Qaida den Anlass für Anschläge sehen, meinte Mathies. Die Polizei in NRW habe sich frühzeitig darauf vorbereitet. Derzeit würden 379 Objekte im Lande durch Schutzmaßnahmen gesichert, dafür seien 370 Beamtinnen und Beamte eingesetzt. Daneben würden Raumschutzmaßnahmen und Aufklärungsmaßnahmen durchgeführt. Der Informationsaustausch mit den Landeskriminalämtern der anderen Bundesländer und mit dem Bundeskriminalamt sei sichergestellt und funktioniere reibungslos. Die privaten Hilfsdienste im Lande seien für Katastrophenfälle gerüstet.

Hier hakte Theo Kruse (CDU) ein. Er bezweifle, hielt er Innenminister Dr. Fritz

Behrens (SPD) entgegen, diese Aussage, und vermisse immer noch das angekündigte umfassende Katastrophenschutzkonzept für das Land (der Minister kündigte dessen Vorlage für die nächste Zeit an). Was die Frage Kruses nach der Wiedereinrichtung eines (Anfang der 90-er Jahre abgeschafften) allgemeinen Sirenenalarmsystems angehe, so habe er, Behrens, nichts dagegen, wenn in einzelnen Kommunen daran gedacht werde, die Sirenen wieder aufzubauen. In der Innenministerkonferenz werde aber zurzeit an einem „technisch neuartigen, bundesweiten Alarmsystem“ gearbeitet.

Gegen Pocken, die seit 1980 weltweit als ausgerottet gelten, gebe es keine grundlegenden Behandlungsmöglichkeiten. Antibiotika, die bei anderen biologischen Agentien eingesetzt werden, seien ohne Wirkung. Schutz bieten nur Impfungen. Weil die Pocken ausgerottet seien, gebe es auch nicht mehr die einstmals vorhandene Infrastruktur zu ihrer Bekämpfung. Pockenimpfstoff sei auf dem Markt derzeit schwer zu erhalten, die Impfstellen müssten neu aufgebaut werden. Ministerialdirigent Bösch teilte mit, das Land habe 14 Millionen Euro bereitgestellt, um Impfstoff zu beschaffen und sei derzeit dabei, die Grundausrüstung der staatlichen Impfstellen zu beschaffen und das erforderliche Personal zu rekrutieren. So gerüstet sei man in NRW in der Lage, beim ersten Auftreten eines Pockenfalls in der Welt das gestufte Einsatzkonzept hierzulande anzulassen zu lassen.

Ende einer (unterbliebenen) Dienstreise: Im Innenausschuss hat Dr. Michael Vesper (GRÜNE), Minister und stellvertretender Ministerpräsident, seinen gescheiterten Versuch, sich in Köln an Weiberfastnacht von einem Polizeifahrzeug nach Hause bringen zu lassen, als Fehler eingestanden und bedauert. Vesper zur Weigerung der Polizisten: „Die Beamten haben völlig korrekt gehandelt.“ Er habe sich auch nicht über sie beschwert, wie das in der „aufgebauchten Berichterstattung“ der Medien (so Karl Peter Brendel, FDP) gestanden habe. Die CDU zollte dem Minister „Respekt“ dafür, dass er sich dem Ausschuss stelle. Ob er sich als stellvertretender Ministerpräsident den Beamten vorgestellt habe? „Der Fahrer des Polizeifahrzeugs hat mich sofort erkannt“, meinte Vesper, der damals in einem Clownskostüm unterwegs war.

Foto: Schälte

Streit und einstimmige Beschlüsse im Verkehrsausschuss

Land sieht Nachteile im Bundesverkehrswegeplan

Die von Manfred Hemmer (SPD) geleitete Sitzung des Verkehrsausschusses am 27. März hatte es in sich. Vom „Zoff“ zwischen SPD und Grünen bis zur einstimmigen Annahme eines Oppositionsantrags (!) war alles drin. Es ging um Bahnverkehr, Flughäfen, Verkehrserziehung und Parkraumbewirtschaftung (Berichte zu diesen beiden Themen auf Seite 20) und um den neuen Bundesverkehrswegeplan aus Berlin.

Zunächst empörte sich Hemmer über die eigenmächtige „Ausladung“ eines Vertreters des Eisenbahnbundesamts, der zur Bahnstrecke Bielefeld-Dissen („Haller Willem“) berichten sollte, durch GRÜNEN-Sprecher Peter Eichenseher. Der widersprach und stellte klar, an der mangelnden Bereitschaft des Amts sei sein Telefonkontakt nicht schuld.

Weiteren Konfliktstoff gab es beim Thema Verkehrslandeplatz Essen/Mülheim. Staatssekretär Jörg Hennerkes erinnerte an die langfristigen Nutzungsrechte und verwahrte sich gegen den Vorwurf, dem Land entstehe Schaden. Eichenseher sah „das Gegenteil von Schließung“ laut Luftverkehrskonzept 2010, dem der Landtag zugestimmt hat, und warf der Landesregierung absichtliches Verzögern von Klageverfahren sowie falsche Auskünfte vor. Er verlangte Akteneinsicht. Gerd Wirth (SPD) wies darauf hin, dass es nicht dem Land obliege, den Betrieb zu verbieten.

Auch zum Berliner Entwurf für den Bundesverkehrswegeplan 2003 setzten SPD, CDU und FDP einerseits, die Grünen andererseits unterschiedliche Akzente. Bei Bundesmitteln für den Straßenbau komme das Land NRW zu kurz. Die Listen über „vordringlichen“ und „weiteren“ Bedarf bei Bundesfernstraßen in NRW stimmten mit den Vorschlägen des Landes nicht überein, sagte Staatssekretär Jörg Hennerkes. NRW erhalte 16 Prozent der Straßenbaumittel des Bundes.



Am Flughafen Essen/Mülheim sind das Land NRW und die beiden Städte zu je einem Drittel beteiligt. Der Verkehrslandeplatz verfügt über eine Start- und Landebahn von 1553 Metern Länge.

Bei 30 Projekten (von insgesamt 337) gebe es noch unterschiedliche Auffassungen über die Bewertung der Dringlichkeit und bei weiteren 20 Maßnahmen Klärungsbedarf mit dem Umweltministerium. Bis zur Bund-Länder-Besprechung am 20. Mai wolle das Kabinett eine Stellungnahme beschließen.

Auch Abteilungsleiter Ekhart Maatz äußerte sich überrascht. Das Bundesverkehrsministerium veranschlage den Erhaltungsaufwand viel höher als bisher. Projekte mit vor dem 1. Januar 1999 abgeschlossener Planfeststellung würden vorgezogen, solche gebe es in NRW aber nicht. Die Raumwirksamkeitsanalyse wirke sich vor allem zugunsten der neuen Länder aus. Auch bei der neuen Abschreibegrenze in Nutzen-Kosten-Ver-

Motto „Aufbau Ost und Ausbau West“. Zentrale Ziele:

- ▶ umweltgerechte Mobilität,
- ▶ Arbeitsplätze,
- ▶ nachhaltige Raumordnung,
- ▶ fairer Wettbewerb aller Verkehrsträger,
- ▶ Verkehrssicherheit,
- ▶ sparsamer Umgang mit Ressourcen,
- ▶ weniger Lärm und Schadstoffausstoß, europäische Integration.

gleichem schneide NRW nicht sehr gut ab. Jedoch: Mit 16 Prozent Volumenanteil liege NRW an der Spitze der Länder. Unter Berücksichtigung von Planungsreserven könnten Projekte in den vordringlichen Bedarf geschoben werden.

Heinz Hardt (CDU) stellte die Verringerung des Volumens um 1,6 Prozent fest und befürchtete weitere Nachteile bei Uneinigkeit zwischen den beiden Landesministerien. Marianne Thomann-Stahl (FDP) meinte, in den NRW-Bedarf müsse das hohe Transitverkehrsaufkommen einfließen. Bei privater Vorfinanzierung müssten Betreiber von Straßen gefunden werden, erhielt sie zur Antwort auf eine Frage. Die Voten der Regionalräte würden vom Ministerium übernommen, antwortete der Staatssekretär auf eine Frage von Bernhard Schemmer (CDU). Peter Eichenseher (GRÜNE) lobte den Plan als innovativ und verfahrensverkürzend.

Unterausschuss Metrorapid Keine Spur von Einigkeit

Von Einigkeit kann beim Metrorapid-Projekt nicht die Rede sein. Spätestens als Verkehrsstaatssekretär Jörg Hennerkes im Unterausschuss Metrorapid die geplanten drei Millionen Euro für eine Werbekampagne zur Imageförderung der Magnetbahn ansprach, regte sich aus

den Reihen des kleinen Koalitionspartners Unmut: „Da machen wir nicht mit“, so Peter Eichenseher von den Grünen. Auch das Finanzierungskonzept sei mit der Deutschen Bahn AG nicht abgestimmt. Hennerkes und die SPD-Mitglieder im Ausschuss stritten dies und weitere Vorwürfe der Verbreitung von Unwahrheiten ab. „Wir setzen das Projekt durch, egal ob Sie da mitziehen“, so Wolfgang Drese (SPD). Diese Konfrontation veranlasste Christof Rasche

(FDP) zu der Frage: „Ist das eigentliche Konzept der Bremsklotz oder die Koalition.“

Der letzte Planungsstand der Projektgesellschaft Metrorapid sieht nun doch die ursprünglichen vier Sektionen pro Zug vor. Statt 14 Zügen soll es aber nur noch elf oder zwölf geben. Eine erste Vorstudie zur Verlängerung der Strecke nach Köln/Bonn ergibt laut Hennerkes, dass dem Vorhaben ökologisch und technisch nichts im Wege stehe.

Leitlinie des Bauprogramms für das laufende Jahr: Lebenswerte Städte erhalten und nachhaltige Entwicklung sichern

Mit wohnungspolitischen Grundsatzfragen hat sich der Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen unter Vorsitz von Gisela Walsken (SPD) in seiner Sitzung Ende März befasst. Weiter stand das Städtebauprogramm 2003 auf der Tagesordnung, das von Minister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) vorgestellt und erläutert wurde.

Dabei betonte der Minister, dass es dem Land trotz erheblicher Kürzungen gelungen sei, wichtige Stadterneuerungsmaßnahmen fortzuführen. Bei den wohnungs- und städtebaupolitischen Sprechern waren dagegen die Meinungen geteilt: Zustimmung fand der Minister bei Wolfgang Röken (SPD), der im Programm die deutliche Botschaft sah, den Kommunen zu helfen und der Bauwirtschaft ein Signal zu geben. Für die GRÜNEN unterstrich Dr. Thomas Rommelspacher, das Land engagiere sich im Vergleich zu den Kürzungen in vielen anderen Programmen mit einem wahren Kraftakt und fördere 66 neue Maßnahmen.

FINANZIELLE LAGE

Dagegen kritisierte Bernd Schulte von der CDU, das Programm gehe an den Bedürfnissen der Städte und Gemeinden vorbei und verschärfe die schwierige finanzielle Lage der Kommunen. Auch helfe es der krisengeschüttelten Bauwirtschaft nicht weiter. Es sei festzuhalten, dass es starke Beschränkungen beim Städtebauprogramm 2003 gebe, führte Karl Peter Brendel (FDP), Kürzungen seien immer bedauerlich.

In diesem Jahr stellt das Land seinen Kommunen für die Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen im Städtebau 168 Millionen Euro als Zuschüsse zur Mitfinanzierung kommunaler Projekte zur Verfügung. Im Vorjahr waren es noch 210 Millionen. Dabei ist die Nachfrage nach Förderungsmitteln im Städtebau trotz der angespannten Finanzsituation der Kommunen unverändert hoch. Aus der Antragslage zum Stadterneuerungsprogramm 2003 ergibt sich ein Förderbedarf von 1,2 Milliarden Euro. Dieser Bedarf ist durch den begrenzten Verpflichtungsrahmen nicht zu decken. Es gilt daher, sich auf die wesentlichen Bauinvestitionen zu beschränken und zielorientiert die verfügbaren Mittel einzusetzen.

Die Städtebauförderung konzentriert sich deshalb auf folgende Investitionsschwerpunkte:

- ▶ Innenstädte und Stadtteilzentren gegen Stadtflucht stabilisieren,

- ▶ die Unterstützung der schwierigen Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf,
- ▶ die Wiedergewinnung von Brachflächen für die Ansiedlung von Gewerbe, Dienstleistung und Wohnen möglichst in gemischten Quartieren,
- ▶ die Notwendigkeit interkommunaler Zusammenarbeit zu nachhaltigen regionalen Entwicklungsstrategien.

Die Schwerpunkte der Städtebauförderung in Nordrhein-Westfalen werden im Rahmen des Budgets etwa zu gleichen Teilen ausgestattet. Es ist das Ziel der Städtebauförderung, den Städtebauetat mittel- und langfristig zu verstetigen. Damit soll Planungs- und Finanzierungssicherheit für die Kommunen ent-

Mobilfunkantennen müssen genehmigt werden. Damit das auch weiterhin einfach und zügig geschehen kann, hat sich eine Projektgruppe zum Mobilfunklerass der Landesregierung gebildet. Über die neuesten Arbeitsergebnisse der Gruppe ließ sich der Ausschuss informieren. Foto: Schälte

stehen, um die zentralen Bauinvestitionen umsetzen zu können. Große begonnene Vorhaben wie die Parkprojekte der EUROGA 2002 plus, die Spielstätten der RuhrTriennale oder die Umnutzung von Konversionsstandorten werden abgeschlossen.

Das Hauptprogramm, in dem die Durchführungsprojekte zusammengefasst sind, enthält Fördermittel von 141 Millionen Euro. Weitere 38 Millionen sind als Reserve eingeplant. Förderreserven werden bewilligt, wenn im

Haushaltsvollzug entsprechende Bewilligungsreste oder Rückflüsse erwirtschaftet werden. In den vergangenen Jahren ist es immer gelungen, die Förderreserven für alle durchführungsreifen Reserveprojekte zu bewilligen.

Zum Hauptprogramm haben die nordrheinwestfälischen Städte und Gemeinden nahezu 450 Stadterneuerungsprojekte mit einer Fördererwartung von mehr als 970 Millionen Euro angemeldet. Darüber hinaus sind an die Bezirksregierungen und an das Ministerium weitere Fördererwartungen für Projekte in Höhe von 230 Millionen herangetragen worden, die die Programm- und Bewilligungreife noch nicht erreicht haben.

WETTBEWERB

Die Projektliste des Hauptprogramms enthält 248 Projekte. Dabei handelt es sich um 182 Fortführungsprojekte und 66 neue Maßnahmen.

Daneben sind für besondere Aufgabenbereiche Teilprogramme vorgesehen, die Gegenstand der Städtebauförderung sind und die vor dem Hintergrund des Handlungsbedarfs außerhalb des Hauptprogramms ohne Antragsfristen abzuwickeln sind. Dazu gehören: Städtebauliche Planungen und Wettbewerbe, Stadtmarketing (6,5), Bürgerschaftliches Engagement und Regionale Entwicklungen (je fünf), Stadterneuerung in Kombination mit ABM (3), Stadtbau West (6) sowie Kommunale Baudenkmalpflege (1,5 - jeweils Millionen Euro). Harald Holler



JUGEND

Um jugendpolitische Belange ging es in der letzten Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie. Der Ausschuss unter der Leitung seiner Vorsitzenden Annegret Krauskopf (SPD) – unser Bild – beriet abschließend das kommunale Entlastungsgesetz, das die Städte und Gemeinden des Landes unter anderem ermächtigt, die Gruppenstärke in Kindertageseinrichtungen zu erhöhen, wenn dringender Bedarf besteht.
Foto: Schälte

Pro und Kontra Schulversuch Förderschule

Abschlussbericht legt kein einheitliches Votum nahe

Für lebhaft Diskussionen im Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Vorsitz Dr. Heinz-Jörg Eckhold, CDU) sorgte der Bericht der Schulministerin Ute Schäfer (SPD) zum Schulversuch „Förderschule“. Der Bericht geht der Frage nach, ob durch die Zusammenführung von drei Sonderschultypen eine verbesserte, weil umfassendere Betreuung von behinderten Schülern erzielt werden kann. Darüber hinaus wurde über den Antrag der FDP-Fraktion zur Errichtung eines Förderinternats für hochbegabte Kinder und Jugendliche mit psychischen Störungen (Drs. 13/3282) beraten.

In ihrem Abschlussbericht zeigte die Schulministerin Erfolge ebenso wie Grenzen des Schulversuchs „Förderschule“ auf: Der sechsjährige Probelauf habe „einerseits gute Ergebnisse im Hinblick auf integriertes Lernen mit drei unterschiedlichen Förderschwerpunkten“ erbracht, andererseits seien aber „keine eindeutigen Hinweise auf die Notwendigkeit einer flächendeckenden Einführung einer integrierten Förderschule“ gegeben, so die Ministerin. Der Schulversuch wurde vor dem Hintergrund durchgeführt, dass die zehn vorhandenen Sonderschultypen in NRW nicht immer den mehrfach Behinderten gerecht werden können, da sich der individuelle Förderbedarf der Schüler meist nicht nur auf einen einzigen Schwerpunkt beschränken lässt. Ziel des Versuchs war es daher festzustellen, wie mehrfach beeinträchtigte Kinder und Jugendliche, also lernbehinderte, erziehungsschwierige und sprachbehinderte Schüler, in einer sogenannten „Förderschule“ gemeinsam gefördert werden können.

Der Versuch habe gezeigt, dass eine gemeinsame Förderung dann erfolgreich verlaufe, wenn die Beeinträchtigungen und Störungen der Kinder nicht zu stark ausgeprägt seien. Für Schülerinnen und Schüler, deren Förderbedarf sehr umfangreich ausgeprägt sei, könne hin-

gegen auch künftig nicht auf eine fachspezifische Förderung im Rahmen der jeweiligen Sonderschulen verzichtet werden.

In der Aussprache der Abgeordneten kritisierte Marie-Theres Kastner (CDU), dass der Bericht erst zum jetzigen Zeitpunkt diskutiert werde, obwohl er bereits im Herbst 2001 vorgelegen habe. Im Gegensatz zur Ministerin empfinde sie zudem den Bericht „nicht als Beschreibung eines gelungenen Versuchs“. In Bezug auf eine Presseerklärung der Grünen äußerte sie „große Bedenken“ hinsichtlich einer „völligen Integration der Schulen von lernbehinderten Kindern in das allgemeine Schulsystem“. Auf das „Rückgrat der qualifizierten Sonderschulen“ könne auch weiterhin nicht verzichtet werden, so Kastner.

GELDFRAGE

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) warnte davor, eine finanzielle Förderung der „Förderschulen“ zu Lasten der Sonderschulen vorzusehen. Wenn genügend Geld vorhanden sei, stimme sie einer Förderung beider Schulsysteme zu. Sei dies jedoch nicht der Fall, müsse man die Förderung auf die Sonderschulen beschränken, da man ansonsten Gefahr lief, „nichts wirklich richtig zu machen“.

Zu einem positiveren Fazit gelangte Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Zwar räumte sie ein, dass die Versuchsauswertung „Positives wie Negatives dargelegt“ habe. Der Bericht habe jedoch deutlich gemacht, dass man sich auf dem „richtigen Weg zu mehr Integration“ befinde. Man müsse sich darüber im Klaren sein, dass die „Förderschule“ nur „ein Baustein“ im Fördersystem behinderter Kinder und Jugendlicher sei.

Auch der Sprecher der SPD-Fraktion, Manfred Degen, betonte die Wichtigkeit einer verbesserten Integration von behinderten Schülerinnen und Schülern. Diese sollte jedoch bereits zu einem früheren Zeitpunkt greifen, als das heute oftmals der Fall sei. Man müsse das Augenmerk auf die Auswahlmechanismen lenken, „dass man also nicht so leichtfertig jemanden in eine Sonderschule schickt und hinterher überlegt, wie er integriert werden kann, sondern ihn in dem Regelsystem integriert lässt“.

„PRINZENAUSBILDUNG“

Keine Zustimmung der übrigen Fraktionen – so das ernüchternde Abstimmungsergebnis für die FDP-Fraktion und ihren Antrag auf Errichtung eines Förderinternats für hochbegabte Schülerinnen und Schüler mit psychischen Störungen. Dabei hatte Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) nochmals betont, wie wichtig es nach Ansicht der FDP sei, dass die Landesregierung eine Möglichkeit schaffe, um diese Schülergruppe gesondert fördern zu können. Sie signalisierte Bereitschaft, den Antrag unter Mithilfe der anderen Fraktionen nochmals zu überarbeiten. Doch auch dieses Angebot konnte die Fraktionen nicht umstimmen. Klaus Kaiser (CDU) kam zu dem Ergebnis, dass man in diesem Bereich keine Form der Sonderschule benötige. Zudem mahnte er das im Antrag fehlende Finanzierungskonzept an. Auch Grünen-Sprecherin Sylvia Löhrmann lehnte den Antrag ab. Man müsse sich darauf konzentrieren, frühe Integration zu fördern statt weitere Sonderprogramme zu schaffen. Manfred Degen (SPD) stimmte seinen beiden Vorrednern zu: Allein schon aufgrund der knappen finanziellen Mittel lehne er die Errichtung eines „Förderinternats“ ab. „Eine Prinzenausbildung ist nichts dagegen“, meinte Degen. **ax**

Darby wies darauf hin, dass die Pipeline bereits zu etwa 90 Prozent fertig gestellt sei und erhebliche Anstrengungen unternommen worden seien, um die ökologischen Folgen des Baues zu mindern. Dafür würden etwa 100 Millionen US-Dollar ausgegeben. Teilweise hätte sich die Natur die entsprechenden Lebensräume nach der unterirdischen Verlegung der Pipeline schon wieder zurückgeholt. Beim Bau der Pipeline habe man sich bemüht, die Einschlag-Korridore so schmal

Geschäftspolitik betreibe, die die WestLB und damit auch den NRW-Steuerzahler in der Zukunft teuer zu stehen komme. Bei seinem letzten Besuch in Ecuador, der eine Woche vor der Ausschusssitzung stattgefunden habe, habe er festgestellt, dass die Situation schlechter sei als noch im September 2002. Er kritisierte illegale Festnahmen, Übergriffe und



Sicherung der Ölpipeline.

Foto: West LB

Ölpipeline in Ecuador

Diskurs der Gutachter im Ausschuss

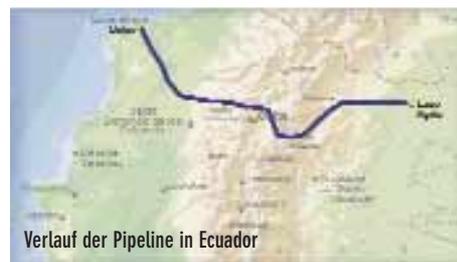
Seit eineinhalb Jahren beschäftigt sich der Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik (Vorsitzende Ute Koczy, GRÜNE) mit dem Bau einer Ölpipeline in Ecuador und der Finanzierung durch die WestLB. Zu der heftig umstrittenen Einhaltung der vertraglich festgelegten Weltbank-Umweltstandards waren nun zur Sitzung am 26. März zwei Gutachter aus Amerika eingereist: Dr. Robert Goodland, ehemaliger Mitarbeiter der Weltbank und von Nichtregierungsorganisationen mit der Begutachtung beauftragt und Keith Darby, Projektdirektor einer Unternehmensberatung und Gutachter im Auftrag der WestLB.

wie möglich zu halten. Nach Überprüfung von Umweltverträglichkeitsprüfungen, Genehmigungsverfahren, Betriebsplan und Notfallplänen sei seine Firma zum Ergebnis gekommen, dass die Betreibergesellschaft OCP die Weltbankstandards einhalte.

Mit dem Bau der Pipeline würde Ecuador seine Exportleistung verdoppeln können.

Dr. Goodland hielt der WestLB vor, dass sie nach wie vor eine

Bedrohungen und machte die WestLB hierfür verantwortlich. Die WestLB müsse Verantwortung für das 21. Jahrhundert übernehmen.



Mit der Vorlage eines Acht-Punkte-Aktionsplanes durch Dr. Goodland konnte die bisher, zum Teil sehr emotionale Diskussion auf eine sachlichere Grundlage gestellt werden. Goodland forderte unter anderem, die Verletzung von Menschenrechten durch die Betreibergesellschaft OCP müsse unverzüglich aufhören. Ferner müssten Entschädigungszahlungen sofort erfolgen und nicht erst durch langwierige Gerichtsverfahren. Zudem sei in einigen sensiblen Gebieten eine geänderte Trassenführung erforderlich. Der bisherige Ökofonds in Höhe von 70 Millionen US-Dollar müsse aufgestockt werden. Bei Probeläufen sei bereits Öl ausgelaufen, das das Trinkwasser verschmutzt habe.

Reinhard Parthe (Vertreter der WestLB) betonte, dass die WestLB sich durch Gespräche mit der OCP bemüht habe, für die betroffenen Menschen Verbesserungen zu erreichen. Auch habe die WestLB mehrfach Besichtigungen vor Ort durchgeführt. Was die Auswirkungen auf das Amazonas-Gebiet angehe, könne die WestLB indes nicht in die Verpflichtung genommen werden, weil sie dort nicht beteiligt sei und damit auch keinen Einfluss ausüben könne. Zu dem von Dr. Goodland vorgelegten Aktionsplan werde sich die Bank gegenüber dem Ausschuss im Detail schriftlich äußern. Ausschussmitglieder und Vertreter der Landesregierung begrüßten den Sitzungsverlauf als einen Schritt nach vorn und sahen in dem von Dr. Goodland vorgelegten Aktionsplan eine Basis für weitere Verbesserungen.



NRO-Gutachter
Dr. Robert Goodland

Fotos: Schälte



WestLB-Gutachter
Keith Darby

Juniorprofessur: „Wegweisendes Modell der Zukunft“

Ministerin Kraft erläutert den aktuellen Stand

Das moderne Modell der Juniorprofessur muss sich seit dem letzten Wintersemester bewähren, erste junge Wissenschaftler lehren als sogenannte Vorgriffs-Juniorprofessorinnen und -professoren an den Universitäten von Nordrhein-Westfalen. Ministerin Hannelore Kraft (SPD) informierte den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung über die derzeitigen Entwicklungen.

Die jüngste Novelle des Hochschulrahmengesetzes im vergangenen Jahr gab den Startschuss für eine neue Art von Professorenausbildung: der Juniorprofessur. An die Stelle von Habilitation treten Praxiserfahrung und Evaluation. Die ersten Juniorprofessoren haben bereits Lehrstunden im Wintersemester 2002/2003 gegeben.

Die Vorteile liegen auf der Hand. Junge Menschen, die ein abgeschlossenes Hochschulstudium, pädagogische Eignung und zudem eine herausragende Promotion nachweisen können, dürfen direkt von Universitäten als Juniorprofessoren für zwei mal drei Jahre eingestellt werden. Nach der Hälfte der Zeit erfolgt eine Evaluation. Wie diese genau ausschaut, ist noch offen. Denkbar ist, dass an ihr Fachkräfte der Universität, an welcher der Professorenanwärter lehrt, Studenten, die seine Vorlesungen und Seminare besuchen, sowie Experten von außerhalb teilnehmen. Am Ende der Juniorprofessur kann der Junior sich um eine Stelle als Professor auf Lebenszeit bewerben – auch auf der gleichen Universität, soweit er zuvor nach der Promotion die Hochschule gewechselt hat oder mindestens zwei Jahre ausserhalb der berufenden Universität tätig war. Bei einigen Juniorprofessuren wird es dabei einen sogenannten „tenure track“

geben. Dies bedeutet, dass die Lebenszeitprofessur nicht ausgeschrieben werden muss.

Bisher gibt es keine klare Regelung, die in allen Bundesländern die Juniorprofessur juristisch gleich behandelt. Laut Ministerin Kraft sei es eine Frage der Zeit, bis das „wegweisende Qualitätsmodell der Zukunft“ überall auf gleicher Ebene durchgesetzt sei. Sie gehe vom Jahr 2004 aus. Bis dahin dürfte auch das Bundesverfassungsgericht über die Rechtmäßigkeit der Juniorprofessur entschieden haben.

Daher sind die bisher eingestellten Juniorprofessoren aus Nordrhein-Westfalen juristisch als sogenannte „Vorgriffs-Juniorprofessoren“ auch nur als wissenschaftliche Mitarbeiter mit C1-Besoldung eingestuft. Zur Zeit sind circa 34 Vorgriffs-Juniorprofessorinnen und -professoren eingestellt, 117 Stellen in NRW insgesamt, wobei noch weitere Besetzungsverfahren laufen. Zumeist dürfen sie Doktoranden bereits bei ihrer Promotion begleiten. Ob sie auch die abschließenden Prüfungen abnehmen können, entscheiden die Satzungen der Universitäten. Derzeit bleibt das Recht zu Promotionsprüfungen also den alteingesessenen Professoren auf Lebenszeit vorbehalten, bis die rechtlichen Fragen für die Junioren geklärt sind. CP

Nordrhein-Westfalen plant eigene Isolierstation

Auf den neusten Informationsstand hat Wissenschaftsministerin Hannelore Kraft (SPD) im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung (Vorsitzender Joachim Schultz-Tornau, FDP) zum Thema „Isolierstation für hochinfektiöse Krankheiten im Universitätsklinikum Düsseldorf“ gebracht. Nach dem abgestimmten nationalen Konzept zum Umgang mit Patienten mit hochkontagösen (d.h. hoch ansteckenden) Infektionen seien fünf Orte in Deutschland für derartige Hightech-Stationen vorgesehen: Hamburg, Berlin, Leipzig, München und Frankfurt.

Es bestehe zwischen Wissenschaftsministerium und Gesundheitsministerium des Landes aber Einigkeit, dass eine solche Station auch in das bevölkerungsreichste Bundesland NRW gehört. Laut Kraft empfiehlt sich Düsseldorf wegen seines internationalen Flughafens und des medizinisch besonders ausgewiesenen Universitätsklinikums. Die im Wissenschaftsministerium reservierten Bauplätze in Höhe von 1,3 Millionen Euro für einen entsprechenden Anbau im Universitätsklinikum Düsseldorf seien nach jüngsten Auskünften des Klinikums nun doch nicht ausreichend. Das Klinikum sei gebeten worden, kurzfristig einen aktuellen Kostenvoranschlag vorzulegen. Danach werde gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium über den Standort entschieden.

Die Ministerin wies darauf hin, dass die Station im Zusammenhang mit der atypischen Lungenkrankheit SARS (Schweres Akutes Respiratorisches Syndrom), die weltweit Todesopfer gefordert hat, nicht notwendig sei. Hier genügen nach ärztlicher Auskunft die vorhandenen Infektionsstationen. 

50 Jahre Bundesvertriebenengesetz war der Anlass einer Veranstaltung in der Villa Horion mit dem Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen. Beiratsvorsitzender Pastor Dieter Lohmeyer (L) sprach über die erfolgreiche Umsetzung des Gesetzes. Ein Europa, „in dem es keine Heimatlosen mehr gibt“, forderte Landtagsvizepräsident Jan Söffing (r.). Sozialministerin Birgit Fischer (Mitte) regte an, aus dem „Erfolgsmodell Bundesvertriebenengesetz“ zu lernen und so schnell wie möglich ein modernes Zuwanderungsgesetz zu verabschieden. Foto: Schälte



Neues Bestattungsgesetz in der Schlussabstimmung

Künftig kann die Totenasche in „Friedwäldern“ beigesetzt werden

Die Urne mit der Asche des teuren Verblichenen auf dem Kaminsims wird es auch in Zukunft in Nordrhein-Westfalen nicht geben. Dafür aber: würdige Begräbnisstätten für Früh- oder Totgeburten, Friedhöfe nach dem Konzept der Friedwälder, Krematorien in privater Trägerschaft. Kommunen können künftig auch vom bestehenden Sargzwang Ausnahmen erlauben, etwa um Muslimen die Bestattung von Verstorbenen in Tüchern zu ermöglichen.

Das sieht das neue Bestattungsgesetz vor, auf das sich die Koalitionsfraktionen gegen das Votum der Opposition geeinigt haben. Motto des Gesetzes: Der Landesgesetzgeber zieht einen Rahmen, den die derzeitigen Träger von Friedhöfen, in der Regel die Städte und Gemeinden und die Religionsgemeinschaften, in eigener Verantwortung und mit dem gegebenen Sachverstand ausfüllen können.

Nach der Vorlage aller von den vier Fraktionen gewünschten Änderungen haben sich der federführende Arbeitsausschuss (Vorsitzender Bodo Champignon, SPD) und der mit beratende Ausschuss für Kommunalpolitik unter dem Vorsitz von Jürgen Thulke (SPD) in der Schlussberatung mit den Fraktionsvorschlägen auseinander gesetzt. In gemeinsamer Sitzung beider Ausschüsse am 2. April machten CDU und FDP – die Liberalen hatten einen eigenen Gesetzentwurf zur

Liberalisierung der Feuerbestattung vorgelegt – ihre abweichenden Auffassungen deutlich.

Sprecher der Union sahen mit den neuen Bestimmungen „den Einstieg in den Ausstieg der bisherigen Friedhofskultur“. Andere befürchteten als Folge der Privatisierung von Friedhöfen steigende Begräbnisgebühren, die von einer zunehmenden Zahl von Hinterbliebenen nicht mehr zu tragen seien oder nicht mehr gezahlt werden wollen: Da steige die Gefahr, dass Privatleute und Kommunen etwa beim Sozialbegräbnis eine Lösung wählten, die mit der Würde des Toten nicht mehr zu vereinbaren sei. Oder dass auf der Suche nach dem günstigsten Anbieter eine Art „Friedhofstourismus“ entstehe. Probleme sah man ferner bei privat betriebenen Friedhöfen nach dem Friedwald-Konzept: Wenn der Träger Pleite gehe, wer garantiere dann die Wahrung der Totenruhe für die Beigesetzten? Die Liberalen waren dafür, dass

die Sargpflicht in das Gesetz nicht aufgenommen wird, „denn die christliche Bestattung ist nur eine unter anderen möglichen“. Der Vorschlag der Union, in der Regel sei in einem Sarg zu bestatten, komme der FDP nicht sinnvoll vor.

Die Sprecherinnen und Sprecher der Koalition hielten dagegen. Angesichts privater Friedwaldbetreiber verwiesen sie auf die Möglichkeit, wichtige Regelungen, etwa die Nutzungsdauer, im Grundbuch abzusichern. Kommunen sollten Friedwaldbezirke innerhalb oder außerhalb bestehender Friedhöfe genehmigen können. Sie betonten den Rahmencharakter des Gesetzes. In den jeweiligen Friedhofssatzungen seien die Einzelheiten zu regeln, die Endverantwortung verbleibe bei der Kommune (derzeit tragen sie 60 Prozent) oder bei den Kirchen, die etwa 40 Prozent der Friedhöfe im Land NRW betreiben. „Die Kommunen haben hohe Verantwortung und wollen sie tragen“, so der Tenor von dieser Seite im Ausschuss.

Die CDU fand die Kürze der Zeit, die für den Abstimmungsmarathon in den Ausschüssen vor der Verabschiedung des Gesetzes in zweiter Lesung im Plenum am 10. April eingeräumt wurde, dem Thema nicht angemessen: „Unglaublich“, kommentierte ihr Sprecher im Arbeitsausschuss. 



Mustergrab für Urnenbestattung
Foto: Schöke

Beruhigung in Sachen SARS

In Deutschland gibt es derzeit fünf, davon in NRW zwei Fälle des Verdachts von SARS (= Schweres Akutes Respiratorisches Syndrom), der in Asien entstandenen besonderen Form von Lungenkrankheit. „Wahrscheinliche Fälle“, so das Gesundheitsministerium im Gesundheitsausschuss, denn der Erreger der Seuche sei noch nicht bekannt. In Europa habe es noch keinen Todesfall gegeben, eine Übertragung – sie setze einen sehr engen Kontakt mit den Erkrankten voraus – sei hier noch nicht festgestellt worden. Die Verbreitung der Seuche sei dem Flugverkehr zuzuschreiben. Da es in NRW keine Direktflüge mit Fernost gebe, sei die Gefahr geringer einzuschätzen. Dennoch gebe es auf den Flughäfen Hinweise an die Passagiere von Verbindungsflügen, sich bei Symptomen von SARS sofort in ärztliche Behandlung zu begeben. Am Flughafen Düsseldorf stehe bei Verdachtsfällen ein Team bereit. „Wir sind gut vorbereitet“, beruhigten die Ministeriumssprecher die Abgeordneten. 



Die Drähte liefen heiß, das Klingeln nahm kein Ende. Zwei Stunden lang widmeten sich vier Mitglieder des Petitionsausschusses im Pressehaus des Kölner Stadtanzeigers den Beschwerden und Anliegen der anrufenden Bürgerinnen und Bürger. Barbara Wischermann (CDU r.), Friedhelm Lenz (SPD l.), Brigitte Herrmann (GRÜNE 2. v. r.) und Joachim Schultz-Tornau (FDP 3.v.l.) konnten bei der Telefonaktion fast 80 Anrufern ihre Hilfe zusichern. Die Themen reichten von der Frage „Kostet ein Reisepass in Köln zu viel?“ über langwierige Baugenehmigungsanträge bis hin zu falsch berechneten Straßenreinigungsgebühren. In Köln ebenfalls dabei: Franz Muschkiet, Leiter des Petitionsreferats (3. v. r.) und die Mitarbeiter Jörg Schumacher (Mitte) und Günter Baumann (2. v. l.).

Die Drähte liefen heiß, das Klingeln nahm kein Ende. Zwei Stunden lang widmeten

Schon in den vergangenen Jahren ließen sich viele Angebote umsetzen, die einer großen Zahl von Bürgerinnen und Bürgern lange Behördengänge oder komplizierte Antragsausfüllung erspart haben. Die Nachfrage ist riesig: Über 14,4 Millionen Abrufe registrieren die Informationsangebote der Landesverwaltung pro Monat laut einem Bericht des Innenministeriums. Dabei ist vor allem das Bildungsportal NRW vom Ministerium für Schule, Jugend und Kinder mit 2,5 Millionen Abrufen gefragt. In einer Lehrerbörse können frische Universitätsabsolventen Jobs finden, die zuvor von den Schulen des Bundeslandes ausgeschrieben wurden. Auch die elektronische Steuererklärung (kurz ELSTER) erfreut sich großer Beliebtheit. Im Jahr 2001 wurden die Steuerdaten über 40.000 Mal elektronisch dem Finanzamt übermittelt. Kunden mit geringer Zahlungsmoral müssen sich vorsehen. Über das Internet können gerichtliche Abmahnungen verschickt werden, die zur Bezahlung bis zu einer festen Frist verpflichten.

Die Mitarbeiter des Innenministeriums zeigten sich hoch erfreut über den umfangreichen Ausbau der Online-Aktivitäten. Waren im Juni 2001 erst 190 Angebote im Internet, so sind es heute bereits 550. Wichtig sei vor allem, so Klaus Rastetter, dass den Internetnutzern die Möglichkeit zur Kommunikation gegeben werde. Das Internet sei schon lange über den Status als reines Informationsmedium hinausgewachsen. Er präsentierte den sogenannten Masterplan für die kommenden drei Jahre. 92 zusätzliche Dienstleistungen sollen zukünftig

Internet auch in der Verwaltung unverzichtbar

Die elektronische Lohnsteuerkarte ist auf dem Vormarsch

Das Internet hat sich durchgesetzt. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger bedienen sich des neuen Mediums, um direkt mit Wirtschaft und Institutionen zu kommunizieren: Online-Banking, Shopping oder E-Mail lassen sich aus dem täglichen Alltagsgebrauch nur noch schwer wegdenken. Der Medienausschuss (Vorsitzende Claudia Nell-Paul, SPD) diskutierte mit Ministerialrat Klaus Rastetter und Ministerialdirigent Hans-Josef Huylmans vom Innenministerium neue Dienstleistungen, die Bürgern und Wirtschaft den schnellen virtuellen Austausch mit Behörden ermöglichen.

das Online-Angebot noch breiter fächern. Die Verfahren dienen vor allem dem Komfort der Wirtschaftsunternehmen im Bundesland, seien weniger für den Bürger ausgelegt.

DATENSICHERHEIT

Als ein langfristiges Ziel sahen die Referenten des Ministeriums den Tausch der gedruckten gegen eine elektronische Lohnsteuerkarte. Eine vernünftige Navigation forderte SPD-Ausschusssprecher Marc Jan Eumann. Der Zugang müsse „so leicht wie möglich“ ausfallen. Die Grünen sprachen sich dafür aus, die Sicherheit bei der Datenübermittlung weiterhin zu verbessern. An diesem Punkt brachte Michael Brinkmeier aus der CDU-Fraktion Bedenken zum Ausdruck: „Wie läßt sich eine verbindliche elektronische Signatur national lösen?“ Im Nachhinein bezeichneten die Christdemokraten in einer Pressemitteilung den Masterplan als „kein überzeugendes Konzept“. Der Medienausschuss wird in einer seiner zukünftigen Sitzungen weiterhin über den Plan des Innen-

ministeriums beraten, um eigene Anregungen einbringen zu können.

Weiterhin stellte in der Ausschusssitzung Staatssekretärin Professor Dr. Miriam Meckel einen ersten Modellentwurf zur Umstrukturierung der NRW Medien GmbH vor. Die Gesellschaft müsse den neuen Rahmenbedingungen in der Medienbranche angepasst werden. Oberstes Ziel der NRW Medien GmbH sei es nun, Bestandssicherung der im Bundesland ansässigen Medienunternehmen zu betreiben. Die Förderung der Neugründungen dürfe allerdings ebenfalls nicht vernachlässigt werden. Um Nordrhein-Westfalen auch weiterhin attraktiv zu halten, sei intensives Standortmarketing zu betreiben. Wenn auch die Fördermittel stark eingeschränkt werden müssten, so stellten Bürgerschaften für die Zukunft eine diskussionswürdige Alternative dar. Es sei eine personelle Umstrukturierung der Medien GmbH nötig. Bei ausscheidendem Personal werde eine Vermittlung in andere Betriebe angeboten. Die Fraktionen erklärten einstimmig, dass eine Neuorientierung der Gesellschaft unbedingt in Angriff zu nehmen ist. CP



Ganz schön schweißtreibend kann die Olympiabewerbung sein, vor allem wenn sie aktiv umgesetzt wird. In den bunten Farben der Bewerbung ging die regelmäßige Laufgruppe des Landtags auf den Parcours, unterstützt von Gästen wie dem Lauf-Weltmeister Willi Wühlbeck und Karstadt/Quelle-Chef Wolfgang Urban, Sponsor der Olympiabewerbung Düsseldorf Rhein-Ruhr 2012. Bei strahlendem Sonnenschein setzte sich die bunte Truppe vor dem Landtag Richtung Rheinpromenade in Bewegung, überquerte auf der Theodor-Heuss-Brücke den Rhein und kehrte nach etwa neun Kilometern zum Landtag zurück. Mit dabei waren (v.l.n.r.): Marie Luise Jung (Mitarbeiterin des Betriebsrestaurants), Dr. Hans Kraft (SPD), Gerd-Peter Claßen (Mitarbeiter der Grünen), Ewald Groth (Grüne), Viktor Haase (Mitarbeiter der Grünen), Wolfgang Urban, Willi Wühlbeck, Christian Lindner (FDP), Gisela Hinnemann (CDU) und Dr. Bernhard Kasperek (SPD). Foto: Schälte



Auf seiner viertägigen Reise durch Nordrhein-Westfalen hat der Präsident der Baskischen Regierung, Juan José Ibarretxe Markuartu (rechts), mit seiner Delegation dem Landtag einen Besuch abgestattet. Vizepräsident Dr. Helmut Linssen (Mitte) hieß den Gast willkommen. Vor der obligatorischen Eintragung ins Gästebuch des Landtags hoben beide Politiker die Gemeinsamkeiten ihrer Regionen hervor und beschlossen stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit. „Unsere Länder sind selbstbewusste, starke Regionen in Europa und Teile eines neuen vitalen europäischen Zentrums“, so Linssen. Links im Bild: Jose Mari Muñoa, Sonderbeauftragter für Europäische Angelegenheiten des baskischen Regierungschefs.
Foto: Schälte

Öffentlicher Dienst: Gehalt nach Leistung

Um der Regierungserklärung von Ministerpräsident Peer Steinbrück am 9. April nicht vorzugreifen, verzichteten die Vertreter des Innen- und des Finanzministeriums auf Diskussionsbeiträge, nachdem im Unterausschuss Personal des Haushaltsausschusses (Vorsitz Manfred Palmen, CDU) Professor Dr. Ulrich Preis am 1. April den Bericht der Regierungskommission „Zukunft des öffentlichen Dienstes“ (zweibändige Vorlage 13/1934) vorgestellt hatte.

Der Direktor der Institute für Sozialrecht und für Arbeits- und Wirtschaftsrecht der Universität Köln, Professor Preis versicherte, die Kommission habe völlig unabhängig, ohne Vorgaben und Einflussnahmen, arbeiten können. Zum Schlüsselerlebnis für die Teilnehmer aus der Wirtschaft sei die Dar-

legung der Grundstrukturen des öffentlichen Dienstes geworden. „Woran es hakt“, verdeutlichte er mit der Gegenüberstellung von Arbeits- und Dienstrecht in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst (öD). Auch habe die Kommission festgestellt, dass das Beamtenrecht viel flexibler sei als das Tarifrecht der Angestellten und Arbeiter im öD, das für zwei Drittel der Bediensteten gelte und bis dato quasi Gesetzescharakter erhalten habe.

Als weitere Mängel und Fehlentwicklungen im deutschen öD zählt der Bericht der sogenannten Bull-Kommission auf: Regelt statt Zielorientierung, schwache Führung, hoher Krankenstand und Frühpensionie-

rungen, Versorgungsproblematik sowie fünfmal „zu wenig“, und zwar bei: Wettbewerb, Bürgerorientierung, wirtschaftlichem Denken, Leistungsanreizen und „selbstbewusster Aufgabenwahrnehmung“.

Die Kommission schlägt ein zweiteiliges Entgeltsystem mit Basis- und Leistungsvergütungen und ein neues Dienstrecht vor. Bei Vergütungen sieht sie beträchtliche finanzielle Spielräume, wenn das dreizehnte Gehalt, das Urlaubsgeld und die vielfältigen Zulagen nicht mehr dauerhaft garantiert würden. Krasse Ungerechtigkeiten gebe es zum Beispiel bei Lehrern, sagte das Kommissionsmitglied Preis und regte an, „Gutleister“ besser zu bezahlen. 🐼

Private Public Partnership

Schulsanierung mit Investoren

Im Ausschuss für Kommunalpolitik (Vorsitz Jürgen Thulke, SPD) berichteten am 2. April Kreisdirektor Günter Hoffmann (Erftkreis) und Bürgermeister Dr. Thomas Dünchheim (Monheim) über ihre Pilotprojekte zu „Public Private Partnership“ (PPP).

Zunächst erläuterte Abteilungsleiter Rolf Kraehmer (Finanzministerium) die Absicht der Landesregierung, öffentliche Leistungen zusammen mit privaten Investoren erbringen zu lassen, wenn dadurch Kosten

eingespart werden können. Erprobt werde das PPP-Modell zunächst bei Neubau und Sanierung von Schulen in vier Kommunen. Man gehe nicht euphorisch, sondern kritisch an die Projekte heran und habe keine „Geldillusion“.

Im Erftkreis solle sich an der Ausschreibung für den Neubau einer Sonderschule mit Turnhalle für Geistigbehinderte auch ein Konsortium örtlicher und regionaler Betriebe beteiligen, berichtete Kreisdirektor und Kämmerer Hoffmann. Das auf 25 Jahre angelegte Projekt berge erhebliche Risiken, aber auch Chancen. Besondere Probleme seien die Ganztagsbetreuung und der Transport der Behinderten. Eltern und Verwaltung seien einbezogen worden.

Bei Monheim handle es sich um ein Poolprojekt mit Sanierung von 13 Schulen (einschließlich Schadstoff-Entfernung) und Neubauten, erläuterte Bürgermeister Dr. Dünchheim. Wichtig außer Kosteneinsparung, wobei fünf Prozent schon ausreichen, seien Transparenz, Kompetenz und Zeit.

Beide Kommunalvertreter betonten, es komme entscheidend auf die Verträge an, bei deren Abschluss eine Arbeitsgruppe des Ministeriums entscheidende Hilfestellung gebe. Die Ausschussmitglieder äußerten teilweise Bedenken. „Wir behalten 12 Schulen“, antwortete Dünchheim auf Fragen aus dem Ausschuss. Die Stadt bleibe voll verantwortlich. 🐼

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Im **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz Volkmar Klein, CDU) kündigte die CDU einen Änderungsantrag zum Gesetzentwurf zur finanziellen Entlastung der Kommunen an, mit dem die Befreiung von Mobilfunkanlagen von Genehmigungen ermöglicht werden soll. Sie weist darauf hin, dass andernfalls für 1300 Anlagen nachträgliche Genehmigungen anstünden. Das Ministerium schlägt ein Klärungsgespräch vor dem Plenum vor.

+++

Zum FDP-Antrag „Städte- und Gemeindefinanzierung mit Zukunft – Verlässliche Einnahmen – Gemeindeeigene Steuern – Wegfall der Gewerbesteuer“ führt der federführende **Kommunalausschuss** (Vorsitz Jürgen Thulke, SPD) auf Antrag von FDP und CDU eine Anhörung durch.

+++

Im **Verkehrsausschuss** (Vorsitz Manfred Hemmer, SPD) stimmten alle Fraktionen dem Antrag von SPD und Grünen einschließlich der von Edmund Feuster (SPD) vorgeschlagenen Änderung des Titels in „Mobilitäts- und Verkehrserziehung in der Schule“ (Drs. 13/2501) zu. In dem vierseitigen Antrag fordern die Fraktionen, „eine sichere und umweltbewusste Mobilität in der Freizeit“ auch in weiterführenden Schulen zu vermitteln und dazu möglichst im realen Verkehrsraum und zusammen mit außerschulischen Partnern zu erziehen.

+++

Das Engagement von Schülerlotsen auch im Zeugnis zu vermerken, regte Heinz Hardt (CDU) im **Verkehrsausschuss** bei der Aussprache über den SPD-/GRÜNE-Antrag „Mobilitätserziehung in der Schule“ an. Außer um Motivation gehe es auch um größere Akzeptanz und Aufmerksamkeit bei Lehrern. Gerd Wirth (SPD) wies auf ähnliche Überlegungen beim Thema Landesnachweis für ehrenamtliche Tätigkeiten hin. Ein Vertreter des Schulministeriums stimmte zu: Der Vermerk im Zeugnis sei möglich und werde in einzelnen Fällen bereits vorgenommen.

+++

Dem FDP-Antrag zur Parkraumbewirtschaftung der Kommunen stimmten alle

Fraktionen im Verkehrsausschuss zu. Das Straßenverkehrsgesetz des Bundes solle geändert und die Pflicht zu Erhebung einer Mindestparkgebühr (fünf Eurocents für eine halbe Stunde) mittels Parkuhren oder Automaten aufgehoben werden, fordert die FDP. Tickets für gebührenfreies Parken von einer halben oder einer Stunde auf kommunalen Flächen fänden zunehmend eine äußerst positive Resonanz. Kurzparken trage zur Belebung der Innenstädte und des Handels bei. Zudem sei die jetzige Regelung mit der kommunalen Selbstverwaltung nicht vereinbar. SPD, CDU und GRÜNE erklärten sich einverstanden.



Illustration: h,m

Zum CDU-Antrag „Chemiearbeitsplätze sichern“ meldeten SPD und GRÜNE im **Wirtschaftsausschuss** (Vorsitz Dr. Helmut Linssen, CDU) noch Beratungsbedarf an. Der CDU-Abgeordnete Karl Kress berichtete als Mitglied des Umweltausschusses von sechs Fällen von Wettbewerbsnachteilen und ergänzte, insgesamt gebe es schon zehn Fälle. Die CDU befürchtet erhebliche Probleme vieler Unternehmen durch die neue EU-Registrierungspflicht.

+++

Zwei kleine, aber vielleicht wichtige Änderungen am Gesetzentwurf der Landesregierung zur finanziellen Entlastung der Kommunen empfahlen mitberatende Ausschüsse. Im

Kommunalausschuss beschlossen SPD und GRÜNE den Wegfall des Elternanteils an den Kosten der Ganztagsbetreuung als Kannvorschrift. Behördenbescheide (Wohngeld oder Sozialausweis) sollen als Nachweis sozialer Härte genügen. Der **Wirtschaftsausschuss** versah die geplante Streichung von „Hilfsbetrieben“ mit dem Vorbehalt, dass diese nicht zur Ausweitung der Wirtschaftstätigkeit der Kommunen beitragen dürfe.

+++

Der **Haushaltsausschuss** will sich an der Anhörung zur Änderung des Pflegegesetzes am 30. April beteiligen.

+++

Der **Schulausschuss** (Vorsitz Dr. Heinz-Jörg Eckhold, CDU) änderte einen CDU-Antrag „Jahr der Erziehung durch Sport 2004 in NRW“ in der Weise, dass auf das von der EU ausgerufene Jahr der Sporterziehung 2004 Bezug genommen wird und der Landtag nun über die aktive Beteiligung des Landes NRW zu beschließen hat.

+++

Fraktionsübergreifende Zustimmung zur Errichtung eines Zuwanderungsmuseums im **Ausschuss für Migrationsangelegenheiten** (Vorsitz Oda-Gerlind Gawlik, SPD). Konkrete Konzepte liegen derzeit noch nicht vor. Spekuliert wurde bereits über das Zuwanderungs- oder besser Migrationsmuseum als Teil des geplanten Ruhrmuseums im Essener Zollverein.

+++

Der **Ausschuss für Grubensicherheit** stimmte dem Vorschlag des Vorsitzenden Peter Budschun (SPD) zu, im nächsten Jahr in die neuen Bundesländer zu reisen, um sich über den Kalium- und Salzbergbau zu informieren.

+++

Die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung im zweiten Halbjahr 2002 kostete mehr als zwei Millionen Euro. Das geht aus dem halbjährlichen Bericht der Staatskanzlei an den **Hauptausschuss** (Vorsitz Edgar Moron, SPD) hervor. Sechsstellige Beträge verzeichnen eine Anti-Drogen-Kampagne, Messebeteiligungen und die Werbung für die RuhrTriennale. 🎪

Erfahrung weiblicher Opfer von Gewalt:

Langer Leidensweg bis zur therapeutischen Hilfe

Das Thema Gewalt gegen Frauen und ihre Gesundheitsfolgen wird Expertinnen und Experten zufolge in der Medizin weitgehend tabuisiert. Zu diesem Ergebnis kommt das am 12. März in Düsseldorf veröffentlichte Gutachten im Auftrag der Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in Nordrhein-Westfalen“. Darin heißt es, der Zusammenhang zwischen Gewalterfahrungen und seelischen oder körperlichen Symptomen wird häufig nicht erkannt. Sexuell Traumatisierte gehen lange Irrwege durch das medizinische und psychosoziale Versorgungssystem, bevor sie eine geeignete Therapie finden, die zu den eigentlichen Ursachen der Symptome kommt. Vorurteile gegenüber von Gewalt betroffenen Frauen sind auch unter Behandelnden weit verbreitet, so die Gutachterinnen.

Bundesweit gibt es – dem Gutachten zufolge – zu wenig geeignete stationäre Therapieangebote für sexuell Traumatisierte. Traumastationen haben Wartezeiten von ein bis zwei Jahren. Seit Bestehen des Psychotherapeutengesetzes sind darüber hinaus vielen erfahrenen Therapeutinnen und Therapeuten Abrechnungsmöglichkeiten genommen worden. Dadurch ist eine dramatische Lücke entstanden. Niedergelassene Hausärztinnen und -ärzte haben das Problem, Gespräche über mögliche Gewalthintergründe, die einfühlsam und mit ausreichend Zeit geführt werden müssen, nicht kassenärztlich abrechnen zu können. Das Gutachten wurde von zwei Wissenschaftlerinnen der Universität Osnabrück, Professor Dr. Carol Hagemann-White und Sabine Bohne erstellt. Die Enquetekommission will die geschlechter-

spezifische Betrachtung von Krankheiten forcieren. Im Umgang mit Gewaltbetroffenen sind die Professionellen im Gesundheitswesen gefordert. Die Enquetekommission wird hierzu Handlungsempfehlungen entwickeln. Am 19. Mai führt die Enquetekommission eine öffentliche Veranstaltung unter dem Titel „Gewalt gegen Frauen: Eine interdisziplinäre Herausforderung für das Gesundheitswesen“ im Landtag durch. Hier wird der Austausch mit den Akteurinnen und Akteuren stattfinden.

Das Gutachten ist für Interessierte zugänglich über das Internet-Portal des Landtags und kann im Kommissionbüro angefordert werden. Stellungnahmen sind ausdrücklich erwünscht. Anmeldungen: Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“ Postfach 10 11 43 in 40002 Düsseldorf. 



Vier leuchtend gelbe Koffer hängen seit kurzem gut sichtbar und erreichbar im Landtagsgebäude. Sie heißen Defibrillatoren und können Leben retten. In Zusammenarbeit mit Martin Vestweber (2. v. rechts), stellvertretender Geschäftsführer der Deutschen Herzstiftung, und Professor Dr. Hans-Joachim Trappe (7. v. links), Professor für Kardiologie an der Ruhr-Universität Bochum, wurden die Defibrillatoren zur Verfügung gestellt, um künftig Besuchern, Mitarbeitern und Abgeordneten des Landtages bei Herzstillstand schneller und besser helfen zu können. Bei der offiziellen Übergabe der „Defis“ waren Landtagsdirektor Peter Jeromin (4. v. links) und 40 Landtags-Mitarbeiter anwesend. Sie haben sich schulen lassen, um im Notfall die halbautomatischen Elektroschockgeräte sachgerecht zu bedienen und damit die Frist zu überbrücken, bis ein Krankenwagen eintrifft. „So kann die Überlebensrate entscheidend gesteigert werden“, betonte Trappe. Foto: Schälte



Ausländische Frauen medizinisch oft schlecht versorgt

Alarmierender Befund eines neuen Gutachtens

Ausländische Frauen werden in Deutschland schlechter medizinisch versorgt als deutsche. Sie erkranken außerdem häufiger an psychischen Krankheiten. Das sind Ergebnisse eines im März in Düsseldorf veröffentlichten Expertengutachtens im Auftrag der Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“.

Die Gutachterinnen und Gutachter betonen, dass es zu wenig Ärztinnen und Ärzte, Psychologinnen und Psychologen, Schwestern und Pfleger aus demselben Kulturkreis der Patientinnen gibt. Die Bildungspolitik ist gefordert, dass mehr

Ausländerinnen und Ausländer in diese Berufe gingen. Entscheidend ist jedoch eine flächendeckende interkulturelle Öffnung aller Versorgungseinrichtungen. In NRW leben mehr als 1,5 Millionen Ausländerinnen.

Im Gutachten wird festgestellt, dass Migrantinnen auffällig häufiger wegen Depressionen und anderen psychosomatischen Erkrankungen behandelt werden als der Bevölkerungsdurchschnitt. Sie leiden öfter unter Magenbeschwerden, Kopfschmerzen, Nervosität und Überforderung im Alltag. Zukunftsängste wegen des unsicheren Aufenthaltsstatus spielen dabei ebenso eine Rolle wie unzureichende Sprachkenntnisse, ein geringer

Grad an Integration sowie offene und versteckte Diskriminierung. Besonders belastet sind den Expertinnen zufolge traumatisierte Frauen, die Flucht, Haft, Folter, Verfolgung oder sexuellen Missbrauch erlitten haben.

Die Enquetekommission setzt sich für eine geschlechterspezifische und kultursensible Betrachtung von Krankheiten ein. Die Datenlage auf diesem Gebiet gilt als erschreckend schlecht und muss dringend systematisch verbessert werden. – Das Gutachten, vorgelegt vom Wissenschaftlichen Institut der Ärzte Deutschlands e.V., ist im Internet-Portal des Landtags zugänglich. Die Kommission ist auch an Stellungnahmen zum Gutachten aus der Praxis interessiert. 

DIESE MITTEILUNGEN LIEGEN IN DER ALLEINIGEN VERANTWORTUNG DER FRAKTIONEN

SPD

SPD: „Respekt und Dank für eindeutige Haltung gegen den Irak-Krieg“

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Edgar Moron, hat Bundeskanzler Gerhard Schröder für seine Haltung in der Irak-Krise gedankt. „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind stolz darauf, dass sich Deutschland unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung an diesem Krieg nicht beteiligt“, sagte Moron. Der Weg, den Gerhard Schröder und die von ihm geführte Bundesregierung gingen, werde von der übergroßen Mehrheit unseres Volkes unterstützt. Zudem entspreche dieser Weg voll und ganz der sozialdemokratischen Tradition.

„Respekt und Dank verdienen die Regierungen, die sich klar und eindeutig gegen den Irak-Krieg ausgesprochen haben“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende in Gelsenkirchen. Wir alle hätten gewünscht und bis zuletzt gehofft und dafür gekämpft, dass dieser Krieg vermieden werden könne, sagte Moron. Die Entwaffnung des irakischen Diktators mit friedlichen Mitteln und unter der Führung und Verantwortung der Vereinten Nationen wäre möglich gewesen. Die derzeitige politische Führung der USA aber sei den Weg der militärischen Intervention gegangen. Das führe weltweit, aber auch bei uns in Nordrhein-Westfalen bei vielen Menschen zu Sorge, Empörung und Protest. Es bleibe die Hoffnung, dass der Krieg schnell zu Ende gehe. „Unsere Gedanken gelten den Frauen, Männern und Kindern, die unter dem Krieg im Irak leiden, wir teilen ihre Sorgen und Ängste, und unser tiefes Mitgefühl ist mit ihnen“, stellte Edgar Moron fest.

CDU

CDU: Zukunft einfach besser!



Anlässlich der ersten zweieinhalb Jahre in dieser Legislaturperiode präsentiert sich die CDU bei ihrer Halbjahresbilanz in Höchstform und im Hochglanzformat. Eine jetzt dazu veröffentlichte Fraktionsbroschüre dokumentiert, dass bisher keine Opposition so viel durchgesetzt hat. Das Integrationskonzept, die Verkleinerung des Landtags, niedrigere Hürden bei Volksbegehren, das Informationsfreiheitsgesetz: Mit diesen und weiteren erfolgreichen Initiativen unterstreicht die CDU-Landtagsfraktion ihr Selbstverständnis als „Anwalt der Menschen“. In ihrem Zukunftsprogramm steht die CDU vor allem für eine sozial verträgliche Entlastung des Landeshaushaltes, für Wachstum und Beschäftigung und für eine chancengerechte Bildung ein. Passend zum Versprechen der 88 Abgeordneten: Zukunft einfach besser!

FDP



FDP: Liberale Vorstellungen zum Nationalpark Nordeifel

Wälder, Wiesen, Natur – eine touristische Attraktion. Um aus dem Nationalpark Nordeifel gleichzeitig ein gelungenes Naturschutz- und Tourismusprojekt zu machen, diskutierten Ende März zahlreiche Abgeordnete der FDP-Landtagsfraktion, unter ihnen auch Fraktionschef Dr. Ingo Wolf (vordere Reihe 4.v.l.) und die Parlamentarische Geschäftsführerin Marianne Thomann-Stahl (vordere Reihe Mitte), mit Parteifreunden aus der Region, Vertretern der Bezirksregierung Köln, dem Eifelverein und dem Förderverein Nationalpark Eifel in Simmerath-Woffelsbach über Ideen und Konzepte zur Gestaltung des Nationalparks. Am Ende des Fachgesprächs verabschiedeten die Liberalen ein zehn Punkte umfassendes Positionspapier.

GRÜNE



Grüne: Die Mauer muss weg

Eine symbolische Mauer hat die Grüne Landtagsfraktion in Düsseldorf-Benrath eingerissen. Die Grünen fordern einen einheitlichen NRW-Tarif für den öffentlichen Nahverkehr: Mit dem ständigen 'Mobilitätshindernis', so die Fraktionsvorsitzende Sylvia Löhrmann, müsse jetzt Schluss gemacht werden. Die Mauern zwischen den insgesamt neun Verkehrsverbänden in NRW müssen fallen. Gerade die beiden Verkehrsverbände Rhein-Ruhr (VRR) und Rhein-Sieg (VRS), die sich in Benrath überschneiden, sind für viele Pendler zwischen Köln und Düsseldorf ein Ärgernis. Der grün-rote Antrag, der im April in den Landtag eingebracht wird, sieht eine strikte Kundenorientierung bei Bussen und Bahnen vor. Eine Management-Gesellschaft soll dafür sorgen, dass ein NRW-Tarif eingeführt wird und die Probleme mit den Übergangstarifen an den Verbundgrenzen wegfallen.



Porträt der Woche: Marie-Theres Kastner (CDU)

Marie-Theres Kastner ist Pragmatikerin. Der CDU-Landtagsabgeordneten geht es um handfeste Sachpolitik. Erst seit Mai 2000 im NRW-Landtag, hat sich die Unionsfrau schon mit zwei eigenen Initiativen hervorgetan. Zum einen brachte sie einen ziemlich umfangreichen Antrag zur Stärkung des Ehrenamtes ein, weil sie glaubt, dass der Staat nicht alles richten kann, sondern gefordert ist, ehrenamtliche Tätigkeit zu unterstützen. Zum anderen machte sie mit einem Antrag über die notwendige zusätzliche Förderung von lernbehinderten Schülerinnen und Schülern von sich reden, der vor allem bei den Fachverbänden auf Zustimmung stieß. In beiden Fällen weiß die 52-Jährige, wovon sie spricht. Sie ist Expertin in diesen Bereichen. Denn

Kastner, die sich als „Familienfrau“ bezeichnet, ist seit 1989 Ratsmitglied in Münster. Damit hat sie ein gutes Gespür dafür erworben, wo die Bürger der Schuh drückt.



Und als ausgebildete Lehrerin, Frau eines Lehrers und zudem Mutter von vier Kindern, ist ihr die Schulproblematik sehr vertraut. Bei ihrem Schulantrag ging es ihr darum, dass in den Schulen für Lernbehinderte die Klassen immer größer, und die individuelle Förderung dieser Kinder immer geringer werde. Gerade wegen der schwierigen sozialen Verhältnisse vieler Kinder brauchten die Lehrerinnen und Lehrer fachkundige Hilfe durch zusätzliche Schulpädagogen. Auch handwerkliche Schwerpunkte müssten im Unterricht gesetzt werden, forderte sie und fügte hinzu: „Damit ich nicht missverstanden werde, ich möchte diese Vertreter des Handwerks nicht an Stelle von Lehrerinnen und Lehrern, sondern zusätzlich und auch nicht erst im letzten Schuljahr, sondern schon ab der 7. Klasse.“

„GUT AUFGEHOBEN“

Von ihren CDU-Fraktionskollegen fühlt sich Marie-Theres Kastner gut unterstützt. „Ich bin in eine Fraktion gekommen, in der ich das Gefühl habe, menschlich sehr gut aufgehoben zu sein“, sagt die Christdemokratin. Gleichzeitig räumt sie aber auch ein, dass sie sich anfangs mit dem Einleben schwer getan habe. Immerhin ist sie auf Anhieb in die beiden Ausschüsse gekommen, die sie sich gewünscht hatte: den Schulausschuss und den Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie. Nachdem die erste Halbzeit der Legislaturperiode um ist, kann sich die CDU-Abgeordnete gut vorstellen, noch eine zweite Legislaturperiode in Düsseldorf zu verbringen.

Während des Studiums in Würzburg ist sie mit ihrem späteren Mann in die CSU eingetreten. Doch das sei nicht „so das Richtige“ gewesen. Erst als die beiden nach dem Studium wieder nach Münster gezogen waren, hätten sie sich mit dem Amtsantritt von Bundeskanzler Helmut Kohl für die CDU entschieden. Seither ist sie in der Partei aktiv. Auch die Posten in der lokalen Politik kamen dann rasch aufeinander. 1995 avancierte sie schließlich zur Bürgermeisterin der Stadt.

Diesen Job und auch ihre Ratsmitgliedschaft hat Kastner mit ihrem Einzug in den Landtag aufgegeben. „Ich finde, die Aufgaben überschneiden sich. Beides kann man nicht machen. Ich bin nur noch sachkundige Bürgerin im Schulausschuss und als Landtagsabgeordnete kooptiert in der CDU-Stadtratsfraktion.“ Damit habe sie die notwendige Anbindung an die Basis und sei doch nicht gebunden, erläutert die CDU-Frau ihre Haltung.

Als Landtagsabgeordnete aus Münster fühlt sie sich ihrer Region verbunden. Gleichzeitig sieht sie sich aber doch auch als Volksvertreterin des ganzen Landes. „Natürlich vergesse ich meinen Wahlkreis nicht, aber ich hielte es für unverantwortlich, wenn man nicht das Ganze sähe.“ Als „Familienfrau“ und weil sie stark der Heimat verbunden ist, pendelt die Parlamentarierin, auch wenn es abends spät wird, immer von Düsseldorf nach Münster zurück. Viel Freizeit bleibt da nicht. Marie-Theres Kastner nimmt es gelassen: „Ein spannendes Buch und die Familie, das reicht als Hobby.“

Gerlind Schaidt

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Aktuelle Ausstellungen

„Oneg Schabbat“ war der Tarnname für die Schriftsteller, Geistlichen, Lehrer und Sozialarbeiter um den Historiker Emanuel Ringelblum, die Dokumente des Lebens im Warschauer Ghetto sammelten. So heißt auch die Aus-

Oneg Schabbat

stellung von 100 Bild- und anderen Dokumenten, die der Landtag zusammen mit Einzelexponaten und Kurzfilmen aus dem Ghettoleben vom 9. bis 30. April in der Eingangshalle zeigt.

Am selben Tag eröffnet auch, diesmal in der Villa Horion in der Nähe des Landtags, die Ausstellung „Oberschlesien – Erinnerung und Gegenwart“. Sie entstand in Zusammenarbeit zwischen dem Oberschlesischen Landesmuseum in Ratingen-Hösel und dem Institut für Kunst und Kultur in Kattowitz. Auch diese Ausstellung kann bis 30. April besichtigt werden.

Mit der Situation von Staat und Kirche zwischen Rhein und Weser in der Dekade von 1794 bis 1803 befasst sich die Ausstellung „Klostersturm und Fürstenrevolution“ der Staatlichen Archive des Landes NRW und des Museums für Kunst und Kulturgeschichte Dortmund. Sie findet im Dortmunder Museum vom 24. Mai bis zum 17. August statt und reiht sich ein in die Aktivitäten, die in diesem Jahr in NRW an die Säkularisation und die damit verbundenen großen Umwälzungen in Staat und Gesellschaft erinnern. Ministerpräsident Peer Steinbrück hat die Schirmherrschaft übernommen, Kulturminister Dr. Michael Vesper wird sie am 23. Mai eröffnen.

**und Fürstenrevolution
Klostersturm**

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte,
Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-25 45 und 884-23 09,
Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz/Gestaltung/Layout:

h₂m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 10. April bis 12. Mai 2003

10.4.	Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD)	54
11.4.	Andrea Milz (CDU)	40
16.4.	Elke Talhorst (SPD)	58
17.4.	Gisela Ley (SPD)	63
20.4.	Lothar Hegemann (CDU)	56
21.4.	Anne-Hanne Siepenkothen (CDU)	54
23.4.	Charlotte Kann (SPD)	66
23.4.	Monika Düker (GRÜNE)	40
24.4.	Dr. Jens Jordan (FDP)	60
2.5.	Dr. Jana Pavlik (FDP)	56
5.5.	Hardy Fuß (SPD)	48
6.5.	Antonius Rösenberg (CDU)	60
7.5.	Dr. Hans Kraft (SPD)	56
7.5.	Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)	55
9.5.	Michael-Ezzo Solf (CDU)	57
9.5.	Marie-Theres Kastner (CDU)	53
11.5.	Ursula Bolte (SPD)	59
11.5.	Friedhelm Lenz (SPD)	58
12.5.	Friedhelm Ortgies (CDU)	53

Elmar Schulz-Vanheyen (63) ist neuer Staatssekretär im NRW-Schulministerium. Der studierte Altphilologe hat die Nachfolge des bisherigen Staatssekretärs Wolfgang Meyer-Hesemann angetreten, der als Schul-Staatssekretär Anfang März nach Kiel gewechselt ist.

Friedrich-Wilhelm Herkelmann hat als Landesvorsitzender des Sozialverbands Deutschland (SoVD) am Sachverständigengespräch zur Verteilung der Spielbankenabgabe (Landtag intern Nr. 4 Seite 21) teilgenommen.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 10. April 2003 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Zukunftsweisende Olympiabauten, moderne Sportstätten und ein für internationale Wettbewerbe begeisterungsfähiges Publikum - mit diesem Pfund will das Land das Nationale Olympische Komitee (NOK) überzeugen. Am 12. April ist es so weit, dann entscheidet dieses Gremium, welcher der fünf deutschen Bewerber in das internationale Rennen um die Austragung der Olympischen Spiele und der Paralympics, die Olympischen Spiele der Behinderten, im Jahr 2012 geschickt wird. Ganz Nordrhein-Westfalen und Düsseldorf Rhein-Ruhr, von der Evaluierungskommission auf Platz vier geschoben, rechnen sich weiter gute Chancen aus, weil Bewerbungskonzept und Bewerberregion eine überzeugende Einheit bilden.

Montage: Schälte

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

